

Oktober '00

Nr. 8

ISSN 1439-2011

Rüstung und Krieg überwinden - eine unlösbare Aufgabe?

**Eine militärkritische Zustandsbeschreibung
mit Diskussionsanregungen**

Autorin: Christine Schweitzer

Herausgegeben vom:

Bund für Soziale Verteidigung, Ringstr. 9a, 32427
Minden

Tel: 0571-29456, Fax: 0571-23019

Email: soziale_verteidigung@t-online.de

Hrsg. und Bezugsadresse:

Bund für Soziale Verteidigung

Ringstr. 9 a

32427 Minden/ Westfalen

Tel 0571-29 456, Fax 0571-23 019

Soziale_Verteidigung@t-online.de

ISSN: 1439-2011

Minden, Oktober 2000

1. Auflage: 100 Stück

7,- DM

Gliederung:

1. Einleitung	5
2. Kernpunkte der neuen westlichen Militärpolitik	7
3. Die Reform der Bundeswehr	15
3.1 Hauptziel: Interventionsarmee	15
3.2 Die Frage der Wehrpflicht	18
4. Von der Kampagne "BRD ohne Armee" zum Kosovo-Krieg - Rückblick auf eine gut inszenierte Rettung des Militärischen	21
5. Schurkenstaaten, Bürgerkriege und Ressourcensicherung - Sicherheit und Bedrohungsszenarien militärisch gesehen und zivil hinterfragt	25
5.1 Die Liste von 'Sicherheitsrisiken' im Nato-Strategiepapier von 1999	26
5.2 Weitere "offizielle Aufgaben"	28
5.3 Militär als Bedrohung - "Risiken einmal andersherum"	30
5.4 Bedrohungen und Gefahren, über die das Militär schweigt	30
6. Kriegsursachen - viele Fragen, wenig Antworten	33
6.1 Keine klaren Antworten aus der Friedens- und Konfliktforschung	33
6.2 Von der Kriegsursachenforschung zur Frage der Überwindung von Rüstung und Militär	35
7. Militär und Rüstung abschaffen, Krieg überwinden - aber wie?	37
8. Was können wir tun, was sollten wir tun?	41
8.1 Die öffentliche Meinung gewinnen	41
8.2 Gewaltfreie Alternativen propagieren und aufbauen	41
8.3 Gesamtgesellschaftliche Zielvorstellungen und Visionen entwickeln	43
9. Literatur zum Weiterlesen	45
10. Kontaktadressen	46
Publikationen des BSV	47

1. Einleitung

Im Zusammenhang mit der geplanten Wehrstrukturreform forderten VertreterInnen der Opposition im Sommer 2000, allen voran Ministerpräsident Stoiber, man solle sich doch zunächst darüber unterhalten, welchen Zwecken die Bundeswehr denn dienen solle und ob man sie überhaupt noch brauche. Dieser Forderung kann vorbehaltlos zugestimmt werden. PazifistInnen hat sie schon sehr lange beschäftigt. Beispiel aus jüngerer Zeit ist die Kampagne "Bundesrepublik ohne Armee", die versuchte, die Abschaffung der Bundeswehr und die Auflösung der Nato tatsächlich durchzusetzen. Doch wir sind damit nicht erfolgreich gewesen. Der Kalte Krieg mit seiner Drohung des alles vernichtenden Atomkrieges wurde abgelöst durch die 'Wiedereinsetzung' von Krieg als Mittel der Politik.

Die friedenspolitische Entwicklung der letzten Jahre scheint durch vier Elemente charakterisiert, die man - vereinfacht - so zusammenfassen könnte:

1. Es findet eine Veränderung statt bei Ausrüstung und Personalstärke der Bundeswehr und der meisten anderen westeuropäischen Armeen (neue Rüstungsvorhaben in erheblichem Umfange, Ausbau von Schnellen Eingreifkräften usw.), statt, die man am besten als Umrüstung bezeichnen könnte; ebenso ist eine Ausweitung der Aufgabenfelder und Mitglieder der Nato (neues Nato-Strategiepapier, Osterweiterung) und die Militarisierung der EU zu beobachten- bei gleichzeitigem Stocken der Abrüstungsvereinbarungen auf konventioneller wie nuklearer Ebene.
2. Auf der ideologischen Ebene ist eine fast unwidersprochene Hinnahme von militärischen Mitteln als 'letztem Mittel' festzustellen, eine Re-Legitimierung von Rüstung und Militär zum Zwecke des Menschenrecht-Schutzes ("humanitäre Interventionen");
3. Weltweit gibt es eine zunehmende Zahl von internen ('Bürger-')Kriegen, deren Opfer vorwiegend Zivilisten sind. Diese Konflikte zeigen sich unzugänglich für vermeintlich konsensuale Standards internationalen Rechts (inkl. des Krieg-Völkerrechts).
4. Auf der anderen Seite, als vielleicht einzige positive Entwicklung in diesem Zusammenhang, ist ein wachsendes Interesse bei der Politik an Ziviler Konfliktbearbeitung festzustellen, deren Potenziale bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Ihre Anerkennung auch durch den politischen Mainstream hat ihren Niederschlag u.a. in einer Förderung einzelner Teilelemente aus öffentlichen Mitteln (Auswärtiges Amt, Entwicklungs- und Forschungsministerium) gefunden.

Wie kann es gelingen, die neue Militarisierung von Politik zu stoppen und unserem Ziel näher zu kommen¹, der Überwindung von Krieg und der Abschaffung von Rüstung und Militär? Stehen anti-militaristische, pazifistische Kräfte vor einer grundsätzlich unlösbaren Aufgabe? Oder haben sie in den letzten

¹ In der Mindener Erklärung, die bei der Gründung des Bundes für Soziale Verteidigung verabschiedet wurde, heißt es: "Der Bund für Soziale Verteidigung setzt sich dafür ein, dass Rüstung und Militär abgeschafft werden. Er will die Methoden des gewaltfreien Widerstandes so entwickeln, dass dieses Ziel durchgesetzt werden kann und gleichzeitig die angestrebte entmilitarisierte Gesellschaft in die Lage versetzt wird, sich ohne Waffen gegen gewaltsame Übergriffe von außen oder innen zu verteidigen. Insbesondere sieht der Bund seine Aufgaben darin, vollständige Abrüstung - auch einseitig - durchzusetzen, aktiv am Abbau von Feindbildern zu arbeiten und sich um realistische Analysen von Gefahren und Bedrohungen zu bemühen."

Jahren Terrain verloren, das sie wieder zurückgewinnen können? Zu dieser Diskussion soll dieses Hintergrund- und Diskussionspapier² einen Beitrag leisten. Es wird zunächst dargestellt, welches die Kernpunkte der neuen westlichen Militärpolitik und der Reform der Bundeswehr sind. In einem Rückblick wird beschrieben, wie planmäßig seit 1989 diese Veränderungen schrittweise vorgenommen wurden, bis mit der neuen Nato-Strategie und der parallel vollzogenen Reform der Bundeswehr (wie der anderen europäischen Armeen) das vorläufige Ziel dieser Veränderung erreicht wurde.

Daran anschließend geht es um die Sicherheits-Diskussion und damit die aktuellen Begründungen für die Aufrechterhaltung von Rüstung und Militär. Damit wird eine Fragestellung aufgegriffen, die im Kontext der Diskussion um Soziale Verteidigung schon immer eine wichtige Rolle spielte, ist Soziale Verteidigung doch immer (auch) als sicherheitspolitische Alternative verstanden worden.

Die Beschreibung der Militärstrategien und Rüstungsvorhaben ist einfacher als eine antimilitaristisch-pazifistische Strategie zu entwickeln, die Aussichten auf Erfolg in sich birgt. In der Hoffnung auf Anregungen haben wir uns der Friedens- und Konfliktforschung zugewandt. Doch dies hat, wie in Kapitel (6) dargestellt, nur wenig Nutzbringendes für unsere Fragestellung ergeben. Es gibt keine von allen geteilte Erklärung, warum es zu Kriegen kommt. Und schon gar keine fertigen Rezepte, wie Krieg überwunden und als Institution genauso geächtet werden kann, wie es mit anderen, früher als unveränderbar angesehenen Institutionen wie der Sklaverei geschehen ist. In Kapitel (7) werden einige von der Friedens- und Konfliktforschung vorgeschlagenen Ansätze beschrieben.

In einem abschließenden Kapitel wird die These aufgestellt, dass sich der pazifistischen Bewegung heute drei Aufgaben stellen: Die öffentliche Meinung zu gewinnen, gewaltfreie Alternativen zu propagieren und aufzubauen und neu an gesamtgesellschaftlichen Zielvorstellungen und Visionen zu arbeiten.

Dieses Papier beansprucht nicht, die Frage zu beantworten, wie Rüstung und Militär abgeschafft und Krieg überwunden werden können. Diese Frage kann nur in gemeinsamem Gespräch und vor allem gemeinsamer Aktivität für Frieden und Abrüstung beantwortet werden. Es möchte allein ein paar Gedankenfäden beisteuern in der Hoffnung, dass andere sie weiterentwickeln und neue, eigene Gedankenfäden (zum Beispiel zur ökonomischen und der psychologischen Seite des ganzen Problems) hinzufügen. Es geht uns in unserer politischen Arbeit um konkrete Instrumente, im Militär- und Rüstungsbereich Veränderungen zu befördern. Deshalb beabsichtigen wir, die hier skizzierten Überlegungen weiterzuentwickeln und freuen uns über jede Rückmeldung zu dem Papier.

² Das Papier wurde nach einer von Konrad Tempel initiierten und vorbereiteten Diskussion in Auftrag des Vorstandes des BSV im Sommer 2000 erstellt. An der Diskussion beteiligten sich (in alphabetischer Reihenfolge): Peter Betz, Georg Hörschemeyer, Regine Kranich, Barbara Müller, Clemens Ronnefeldt, Paul Russmann, Konrad Tempel. Die Verantwortung für die Inhalte des Papiers und seine etwaigen Irrtümer liegen aber allein bei der Autorin.

2. Kernpunkte der neuen westlichen Militärpolitik

Die Verabschiedung eines neuen Strategiekonzepts³ durch die Nato im April des vergangenen Jahres setzte in gewisser Weise einen Schluss-Strich unter die vergangene Dekade, die 1989 so hoffnungsvoll begonnen hatte. Das Papier formuliert den Rahmen, in dem im nächsten Jahrzehnt das atlantische Bündnis seine Außen- und Sicherheitspolitik gestalten will. Es ist dasselbe Jahrzehnt, das von den Vereinten Nationen zur 'Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit' getauft wurde.

Mit diesem Strategiekonzept hat sich die Nato nach fast zehnjähriger 'Vorarbeit' endgültig als ein Militärbündnis etabliert, das auch zur Verteidigung der Interessen seiner Mitgliedsstaaten (ohne Beteiligungspflicht der Mitglieder) 'out of area' eingesetzt werden kann und das dafür keine Legitimation durch den UN-Sicherheitsrat benötigt. Mit dem Nato-Einsatz im Kosovo wurde für letzteres schon ein erster Präzedenz - bzw. sogar Präjudizfall geschaffen. Die Nato hat sich von einem Verteidigungsbündnis, dessen Kernfunktion (mit Beistandspflicht aller Nato-Mitglieder) beibehalten wurde, zu einem politisch-militärischen Bündnis gewandelt, das für sich beansprucht, "eine unverzichtbare Rolle... bei der Konsolidierung und Bewahrung der positiven Veränderungen der jüngsten Vergangenheit und bei der Reaktion auf gegenwärtige und zukünftige Fragen der Sicherheit"⁴ zu spielen.

Doch wenn auch der Charakter der Nato grundlegend verändert wurde, wenn innerstaatliche Kriege (Bürgerkriege, Separationskriege) gegenüber internationalen Kriegen stark zugenommen haben⁵ und wenn 'humanitäre' und völkerrechtliche Begründungen an die Stelle der 'Gefahr des Weltkommunismus' getreten sind, so hat sich an der zugrundeliegenden (Macht-)Politik nicht so viel geändert, wie man heute meinen mag. Drei der wichtigsten Nato-Staaten - USA, Großbritannien und Frankreich - haben auch vor 1989 Kriege 'out of area' geführt, sofern sie ihre Interessen direkt berührt sahen. Man denke an Korea, Algerien, Vietnam, Falkland und Grenada. Fast zweihundert Kriege haben seit dem 2. Weltkrieg stattgefunden - in überwiegender Zahl in der sog. 'Dritten Welt'⁶; um die dreißig bewaffnete Konflikte⁷ werden jedes Jahr seit Beginn der neunziger Jahre gezählt. Insgesamt haben seit 1990 118 bewaffnete Konflikte stattgefunden⁸. Bei der überwiegenden Zahl von ihnen handelte es sich auch vor dem Zusammenbruch des Ostblocks nicht um 'Stellvertreterkriege' im klassischen Sinne, sondern um Kriege, die ihre Ursachen in den "gescheiterten Staats- und Entwicklungsmodellen für die entkolonialisierten Staaten Afrikas und Asiens"⁹ hatten. Nur zehn von ihnen waren im striktesten Sinne internatio-

³ "The Alliances's Strategic Concept, Approved by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Washington D.C. on 23rd and 24th April 1999" (Quelle: Internet)

⁴ The Alliances's Strategic Concept 1999, a.a.O., # 4, Übersetzung durch die Autorin

⁵ Matthies, Volker (ed), Frieden durch Einmischung? Der Schrecken des Krieges und die (Ohn)Macht der internationalen Gemeinschaft, Bonn:Dietz, 1993:13 ff

⁶ Debiel, Tobias/ Nuscheler, Franz, Vor einer neuen Politik der Einmischung? Imperative und Fallstricke des humanitären Interventionismus, in: Debiel/Nuscheler (ed) 1996, S. 13 ff

⁷ Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) 1998, Kriegsbilanz 1998, Hamburg 14.5.1999 (Quelle: Internet).

⁸ Dan Smith, "Trends and Causes of Armed Conflicts", in: The Berghof Handbook for Conflict Transformation, Hrsg. Berghof Research Center for Constructive Conflict Management, Juli 2000, www.b.shuttle.de/berghof/BHandbook/articles/Core/Smith

⁹ Jochen Hippler, "Konflikte und das internationale System", in: Globale Trends 2000, a.a.O., S. 422 ff

nale Kriege. Militärisch interveniert wurde und wird nur in wenigen von ihnen - 1999 zum Beispiel nur in vier von siebenundzwanzig Konflikten: Kosovo, Osttimor, Sierra Leone und Kongo¹⁰. Dass Deutschland jetzt mit dabei ist, ist für uns eine große politische Veränderung - für diejenigen, gegen die sich eine Intervention richtet, hingegen weniger von Belang¹¹.

Das Bild der Militärpolitik heute soll unter fünf Überschriften kritisch reflektiert werden:

1. die Bereitschaft zum weltweiten Eingreifen,
2. die fortgesetzte Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen,
3. die Osterweiterung von Nato,
4. das Verhältnis zwischen den USA und (West-) Europa und
5. die Abkehr von einer Legitimierung von Krieg durch die UN bzw. das Völkerrecht.

1. Die neue Strategie der Nato, wie sie auf dem Jubiläumsgipfel zum fünfzigjährigen Bestehen der Allianz 1999 beschlossen wurde, wird mit einer Veränderung der Sicherheitslage begründet. Als Bedrohungen für die Sicherheit der Länder der Nato werden regionale Instabilitäten 'an der Peripherie der Allianz', Proliferation von ABC-Waffen und 'andere allgemeinere Risiken' unterschieden: "Die Sicherheitsinteressen des Bündnisses können auch durch andere Risiken allgemeinerer Art betroffen sein, einschließlich Akten des Terrorismus, Sabotage und organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung des Flusses wichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung großer Menschenzahlen, besonders in der Folge bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls ein Problem für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses darstellen."¹² Mit anderen Worten: Neben den altbekannten Schutz von Rohstoffen und Märkten sind Flüchtlinge und nichtstaatliche Akteure ('Terroristen' und 'organisierte Kriminelle') als mögliche Bedrohungen - 'Risiken' in der heutigen Sprache der Sicherheitspolitik - getreten, wegen derer ein militärisches Eingreifen denkbar wird.¹³

2. Die Nato, besonders die USA, ist nicht bereit, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten. Dabei geht die US-Politik inzwischen weit über mögliche Einsatzszenarien der Zeit der Ost-West-Konfrontation hinaus: Atomwaffen sollen zumindest nach dem Konzept der USA, die in dieser Frage immer noch ausschlaggebend sind, grundsätzlich auch eingesetzt werden können,

- um zu verhindern, dass weitere Staaten zu Atommächten werden ('Counter-Proliferation'); die Bombenangriffe der USA auf Anlagen im Irak und Sudan fallen in diese Kategorie;

¹⁰ SIPRI hat für 1999 27 größere bewaffnete Konflikte in 25 Ländern gezählt, wobei Afrika am meisten betroffen war. FR 15.6.00, "Die Ausgaben für Rüstung steigen weltweit wieder an", S. 2

¹¹ Außer es handelt sich um Länder, gegen die Deutschland schon einmal Krieg geführt hat, was besonders für Jugoslawien im 2. Weltkrieg zutrifft.

¹² siehe Fußnote 2, # 24, Übersetzung durch die Autorin

¹³ Die Bundesregierung geht von einer ähnlichen Analyse aus, wobei ihre Bedrohungsliste kürzer und vager ist: Sie warnt vor der Bedrohung der Sicherheit durch Konflikte 'an der Peripherie Europas' und vor der Proliferation nuklearer, biologischer und chemischer Massenvernichtungsmittel.

Der Bundesminister der Verteidigung, "Die Bundeswehr sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf", hier kurz 'Eckpfeiler-Papier' genannt. , Quelle: www.bundeswehr.de/images/eckpfeiler.pdf ., S. 4.

- gegen Atomwaffen-besitzende nichtstaatliche Akteure (Befreiungsarmeen, Terroristen) und
- zur Abwehr von Angriffen mit anderen Massenvernichtungswaffen (biologischen, chemischen Waffen) (Militärdoktrin der USA vom 9.2.1996)¹⁴.

Deutlich muss hierbei darauf hingewiesen werden, dass entgegen dem weit verbreiteten Eindruck, dass Nuklearwaffen kein Problem mehr darstellten, trotz ihrer Reduzierung nach 1989 noch genügend Atomwaffen vorhanden sind, um einen nuklearen Holocaust herbeizuführen, käme es zu einem Atomkrieg: Russland und USA alleine besitzen jeweils 6-7.000 Nuklearsprengköpfe für Interkontinentalraketen¹⁵. Sie sollten nach dem von Russland nicht ratifizierten START II-Abkommen auf jeweils 3.500 reduziert werden. Dabei nicht gezählt werden nicht-dislozierte Gefechtsköpfe und waffenfähiges Material für nochmals 6-7.000 Sprengköpfe. Dazu kommen 1-2.000 nicht-strategische Sprengköpfe (für Mittelstreckenraketen und taktische Nuklearwaffen) bei den USA und 4-5.000 Stück bei Russland.

Anstelle von Abrüstung droht eine neue Runde des atomaren und konventionellen Wettrüstens: Allein die US-Regierung hat eine Steigerung ihrer Rüstungsausgaben von 263 auf 319 Milliarden Dollar bis zum Jahr 2005 beschlossen. Das geplante 'Ballistic-Missile-Defence'-System, abgekürzt NMD (National Missile Defence), ein bescheideneres Nachfolgeprogramm des in den achtziger Jahren berühmt-berüchtigten 'Krieg der Sterne- SDI'-Programms, wurde nach dem Scheitern des dritten Tests im Juli 2000 von Präsident Clinton vorläufig gestoppt. Doch wird davon ausgegangen, dass Clintons Nachfolger es in der einen oder anderen Form fortsetzen wird¹⁶. Geschätzte Kosten für NMD: 30 Mrd US-Dollar für vorerst 100 Abfangraketen¹⁷. Der Friedensforscher Ernst-Otto Czempel schreibt zu NMD: "Clinton sollte wissen - und weiß es wohl auch -, dass die Begründung dieses Schrittes mit der Unberechenbarkeit einiger auch noch gleich 'Schurkenstaaten' genannter kleiner Länder wie Nordkorea oder Irak nur dem politischen Alltagswissen plausibel erscheint. Wer sich in den Ursache-Folge-Wirkungen der internationalen Politik auskennt, sieht sofort, dass diese Maßnahme einer der beiden größten Gewaltursachen in die Welt zurückbringt: die Ungewissheit. Sie erzeugt das Sicherheitsdilemma, das jeden Staat zur adäquaten Nachrüstung, jedenfalls zur militärischen Verteidigungsvorsorge zwingt."¹⁸

China, Indien und Pakistan beschleunigen atomare Aufrüstungsprogramme. Russland steigert trotz seiner enormen Wirtschaftsprobleme seinen Militärhaushalt um 50 % und entwickelte neue Atomraketen (TOPOL-M) mit einer Reichweite von 11.000 km, deren Trägersysteme 1999 erfolgreich getestet wurden. Außerdem drohte es mit der Stationierung taktischer Atomwaffen in Weißrussland, was die Frankfurter Rundschau zu dem Kommentar veranlasste: "Die

¹⁴ Martin Butcher, Otfried Nassauer, Stephen Young, Nuclear Futures: Western European Options for Nuclear Risk Reduction, BASIC-BITS RESEARCH REPORT 98.5, Dezember 1998

¹⁵ Diese und die folgenden Zahlen nach: Dieter S. Lutz, Rüstung und Sicherheit, in: Globale Trends 2000, Hrsg. Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn:Fischer tbv, 1999, S. 409 ff

¹⁶ Denise Groves, "Raketenabwehr: Ein Thema für den Rest der Welt, aber nicht für Amerika", in: FriedensForum 5/2000, S. 17f

¹⁷ FR 24.7.00, "Wie die USA lernten, nutzlose Waffen zu lieben", S. 3

¹⁸ Ernst-Otto Czempel, "Am Scheideweg. Zur Situation der Atlantischen Gemeinschaft", in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/200, S. 570.

Russen wenden damit eine Militärdoktrin an, mit der die Nato einst unter umgekehrten Vorzeichen die Massenheere des Warschauer Pakts in Schach hielt."¹⁹

3. Der dritte bestimmende Faktor in der Sicherheitspolitik ist die Osterweiterung von Nato. Polen, Tschechien und Ungarn wurden 1999 als erste neue Mitglieder in die Nato aufgenommen, womit die Ostgrenze des ehemals westlichen Bündnisses nahe an Russland herangerückt ist²⁰. Für eine zweite Aufnahmerunde sind verschiedene Länder in Ost- und Südosteuropa im Gespräch²¹: die drei baltischen Staaten, die für Russland aus geschichtlichen Gründen und weil sie nicht Unterzeichner des KSE-2-Vertrages sind, besonders problematisch²² sind, Slowenien, Rumänien, Bulgarien, Mazedonien, Moldawien und evtl. Albanien. Zu weiteren Interessenten zählen seit jüngerem auch Georgien und Aserbaidschan - zwei Kaukasusländer, deren Loslösung aus dem russischen Machtbereich Russland große Schwierigkeiten machen dürfte.

Die militärische Osterweiterung ist besonders bedenklich in bezug auf das Verhältnis zu Russland, ein Land, dessen Bruttoinlandsprodukt ständig sinkt und von dem manche Beobachter schon annehmen, dass es bald der sog. 'Dritten Welt' zugerechnet werden muss, das aber die Selbstwahrnehmung einer Supermacht und seine Atomwaffen behalten hat²³.

4. Während sich die USA nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes als einzige verbliebene Supermacht sehen, wie in einem Pentagon-Papier von 1992 deutlich genug gesagt wurde²⁴, ist Europa auf dem besten Wege, seine militärischen Lücken zu den USA zu schließen, um in Zukunft Operationen wie im Jugoslawienkrieg auch ohne Unterstützung der USA durchführen zu können.

Doch zunächst zu den USA: In dem erwähnten Papier von 1992 wird die zukünftige Politik der USA unter sicherheitsstrategischen Erwägungen in den einzelnen Weltregionen beschrieben und auch schon darüber nachgedacht, ohne ein UN-Mandat zu handeln. Erklärtes Ziel der USA ist demnach, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion keinen neuen Rivalen neben sich aufkommen zu lassen. Zu Europa wird dabei festgehalten, und das ist interessant vor dem Hintergrund der Frage, warum die USA sich in Bosnien und dann im Kosovo so

¹⁹ FR 29.7.99, S. 3

²⁰ Die formale Aufnahme erfolgte nicht wie geplant auf dem Nato-Gipfel am 24. April 1999, sondern schon am 12. März zwölf Tage vor Beginn des Angriffes auf Jugoslawien, wahrscheinlich weil man von Seiten der Nato vor allem in Ungarn Probleme befürchtete, wenn die von einer ungarischen Minderheit bewohnte Voivodina bombardiert würde. (Hinweis von Clemens Ronnefeldt).

²¹ Otfried Nassauer/Arend Wellmann, "Stabile Widersprüchlichkeit. Die NATO-Osterweiterung und die Konventionelle Rüstungskontrolle", BITS Research Note 99.5, 14. Dezember 1999

²² Der KSE-2-Vertrag begrenzt die konventionelle Rüstung. Eine Eingliederung von Nicht-Unterzeichnerstaaten in die Nato würde eine unkontrollierte Aufrüstung in dem betreffenden Raum erlauben.

²³ "Kosovo wird sicherlich zu den Veränderungen in den Streitkräfteplanungen der Nationen führen. Und ich meine, Kosovo sollte auch noch mal die Chance geben, einen Neuanfang des Verhältnisses Nato-Russland zu bewirken. Das Verständnis in Russland zu wecken, dass wir gemeinsame Sicherheit und Stabilität nur durch Kooperation erreichen können und dass Russland dazu begreifen muss, dass es keine Supermacht mehr ist und keine Supermacht sein kann. Russland ist und bleibt eine wichtige Macht, aber ein Land mit dem Bruttoinlandsprodukt von Dänemark kann nun mal nicht den Anspruch auf gleichen Einfluss haben wie die Vereinigten Staaten von Amerika." General a.D. Klaus Naumann in der Zeitschrift "Europäische Sicherheit", 11/99, S. 22, zitiert nach Mitteilung von Clemens Ronnefeldt.

²⁴ "US Strategy Plan calls for insuring no rivals develop. A one-superpower world", in: New York Times vom 8.3.1992, S. 1 und 14 f

engagierten, dass man die Interessen der fortgeschrittenen Industrienationen genügend berücksichtigen müsse, um zu verhindern, dass sie eigene Wege gingen. Besonders gelte es, das neuerstarkte Deutschland (und Japan) einzubinden.

Das Verhältnis zwischen den USA und seinen europäischen Partnern war in der Geschichte der Nato nur selten spannungsfrei. Der Kosovo-Krieg wurde von den USA auch deshalb geführt, um die Führungsrolle in der Allianz nicht zu verlieren. Er hatte aber den gegenteiligen Effekt. Er führte den westeuropäischen Alliierten vor Augen, wie abhängig sie in bestimmten Bereichen (vor allem Aufklärung, aber auch bestimmten Waffentypen) von den USA waren. Dies hat die Tendenz zum Ausbau der WEU und Militarisierung der EU, die schon seit einigen Jahren erkennbar waren, deutlich beschleunigt.

Der erste Schritt hierzu wurde schon mit dem Amsterdamer Vertrag (2.10.1997) gemacht, in dem festgehalten wurde, dass die EU eine engere Zusammenarbeit²⁵ mit der WEU im Rahmen der Erfüllung der 'Petersberger Aufgaben der WEU²⁶' (1992) suche. In Amsterdam wurde die Möglichkeit ins Auge gefasst, die WEU in die EU zu integrieren.

Einer der Hauptarchitekten der 'Europäische Sicherheits- und Verteidigungs-Identität' (ESVI) ist der deutsche grüne Außenminister Fischer. Er rechnet es sich als Erfolg an, dass die Militarisierung der EU auf dem Kölner Gipfel 1999 nochmals bestätigt und mit der gleichzeitigen Ernennung des ehemaligen Nato-Generalsekretärs Javier Solana zum Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU ('GASP') und gleichzeitig zum Generalsekretär der WEU ein großes Stück vorangebracht wurde. "Im Hinblick darauf muss die Union die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten, sowie die Mittel und die Bereitschaft besitzen, dessen Einsatz zu beschließen, um - unbeschadet von Maßnahmen der NATO - auf internationale Krisensituationen zu reagieren."²⁷

Zielvorstellung der EU ist, wie es beim Treffen des Europäischen Rates in Helsinki im Dezember 1999 festgelegt wurde, innerhalb von schätzungsweise vier Jahren eine eigene Krisenreaktions-Truppe von ca. 50-60.000 Mann vergleichbar mit der der Nato zuzüglich entsprechender Anteile von Marine und Luftwaffe bereitstellen zu können, wofür das schon bestehende Eurokorps und andere vorhandene Einheiten genutzt werden sollen²⁸. Die Truppe soll innerhalb von 60 Tagen einsatzfähig gemacht und dann mindestens ein Jahr im Einsatz bleiben können. Es wird sogar spekuliert, dass diese Krisenreaktionstruppe schon bald das Kommando über die KFOR-Truppen in Kosovo übernehmen könnte. Die Bundeswehr wird sich an der Truppe mit 18.000 SoldatInnen beteiligen²⁹.

²⁵ Die folgenden Zahlen wurden entnommen aus: "European Security - Sharks and minnows off Helsinki. Towards the EU-Summit in Finland", Hrsg: BITS, Policy Note 99.4, 2. Dezember 1999

²⁶ Die sog. "Petersberger Aufgaben", so genannt nach dem Konferenzort, dem Petersberg bei Bonn, umfassen humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Peacekeeping und Krisenmanagement inkl. "Peacemaking".

²⁷ zitiert nach: "Der Rat der Europäischen Union und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik", Quelle: EU-Internetseite (www.ue.eu.int)

²⁸ Oliver Thränert, "Wie die Europäer sicherheitspolitisch erwachsen werden wollen", in: FR 24.7.00, S. 8

²⁹ "Eu-Krisentruppe. Scharping sagt tausende Bundeswehr-Soldaten zu", in: FR 23.9.00, S. 2. Da die Soldaten zwei Mal im Jahr ausgetauscht werden sollen, errechnet sich eine Gesamtzahl von 54.000 deutschen SoldatInnen insgesamt.

Ob es wirklich zu einer völligen Integration der WEU in die EU kommt, ist derzeit noch offen³⁰. Im Moment hat die EU die Möglichkeit, eigene Operationen unter Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der Nato durchzuführen. Das 1998 beschlossene Konzept der Combined Joint Task Forces (CJTF) sieht z. B. vor, dass NATO-Hauptquartiere je nach Bedarf für NATO oder EU/WEU-geführte Operationen genutzt werden können. Allerdings ist auch die Möglichkeit im Gespräch, in Zukunft Operationen ohne Rückgriff auf die Strukturen der NATO durchzuführen.

Neben der Militarisierung gibt es auf europäischer Ebene auch positivere Entwicklungen, die sich allerdings gegenüber dem zuvor Dargestellten eher bescheiden ausnehmen. Zwei Aspekte verdienen in diesem Zusammenhang besondere Erwähnung: Das eine sind die vom EU-Gipfel in Feira im Juni 2000 gefassten Beschlüsse zur Förderung des nicht-militärischen Krisenmanagements. Die EU-Mitglieder wollen bis 2003 in der Lage sein, bis zu 5.000 Polizisten für internationale Missionen der UN, OSZE oder als autonome EU-Aktivität zur Verfügung stellen zu können, außerdem sollen auch Richter, Staatsanwälte und Vollzugsbeamte bereitgestellt werden können³¹.

Der zweite Aspekt ist der Vertrag zur Regelung von Rüstungsexporten, der von den sechs größten Rüstungsexporteurern in der EU - Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Schweden, Italien und Spanien - geschlossen wurde. Ihm zufolge soll eine Liste zulässiger Export-Bestimmungsorte erstellt werden. Bürgerkrieg, gravierende Menschenrechtsverletzungen oder eine mögliche Bedrohung des 'Weltfriedens oder der regionalen oder internationalen Sicherheit und Stabilität' durch das betreffende Land sind Ausschlusskriterien³².

5. Einig sind sich Europa und die USA darin, dem UN-Sicherheitsrat kein ernstliches Mitspracherecht in Sicherheitsfragen mehr zuzugestehen. 'Mit den Vereinten Nationen, wenn möglich, ohne die UN, wenn nötig' heißt das neue Motto. Dies bedeutet im Klartext, dass die (Nato-)Metropolen das Recht der Entscheidung über Krieg und Frieden für sich reklamieren und auf eine Legitimierung durch die UN verzichten. Diese Bereitschaft zur Selbstmandatierung hat die auch von vielen Friedensbewegten gehegten Hoffnungen auf die Weiterentwicklung des Völkerrechts stark beschädigt. Sie scheint ein Rückfall in die Zeit vor Gründung der Vereinten Nationen, in den Augen mancher BeobachterInnen sogar vor Gründung des Völkerbundes. Allerdings könnte man auch die Sichtweise einnehmen, dass dies vielleicht gar nicht so verhängnisvoll ist, denn der UN-Sicherheitsrat tat auch, was die mächtigsten Staaten, vor allem die USA, wollten. Jetzt ist zumindest eindeutig erkennbar, wessen Interessen verfolgt werden und viele müßige Diskussionen über den modernen 'gerechten Krieg' erübrigen sich³³. Mit dieser Argumentation soll aber nicht angedeutet werden, dass sich alle Bemühungen um eine Reform der Vereinten Nationen als sowieso sinnlos erübrigen. Im Gegenteil, eine wirkliche Reform, die die derzeitige extrem ungleiche Machtverteilung in der UN aufheben oder zumindest erkennbar reduzieren würde, bleibt weiterhin ein wichtiges Ziel von Friedensbewegungen.

³⁰ Volker Böge, Militärmacht Europa, Manuskript o.D. (ca 1999)

³¹ Thränert 2000 a.a.O.

³² FR 6.7.2000, "Richtlinie für die großen Waffenbauer in der EU-Regeln für Rüstungsexporte" (Dokumentation des Vertragsentwurfes), S. 6

³³ Genausowenig wie der Golfkrieg dadurch gerechtfertigt war, dass der UN-Sicherheitsrat ihn gebilligt hatte ("all means necessary"), so wäre auch der Angriff auf Jugoslawien 1999 nicht "gerechter" gewesen, hätte der Sicherheitsrat zugestimmt.

3. Die Reform der Bundeswehr

3.1 Hauptziel: Interventionsarmee

Die neue Bundesregierung hat sich beeilt, eine Reform der Bundeswehr durchzuführen, die diese auf die neuen Aufgaben im Rahmen internationaler Einsätze vorbereiten soll. Wenige Wochen nach Präsentation der Vorschläge³⁴ der von der Bundesregierung eingesetzten sog. "Weizsäcker-Kommission"³⁵ und einem parallelen Papier des tags darauf entlassenen Generalinspekteur der Bundeswehr von Kirchbach³⁶ legte Scharping sein "Eckpfeiler-Papier"³⁷ vor, das am 14. Juni vom Bundeskabinett verabschiedet wurde³⁸. Die Bundeswehr soll auf 277.000 SoldatInnen reduziert werden. 150.000 SoldatInnen sollen als "Einsatzkräfte" für Auslandseinsätze zur Verfügung stehen, 105.000 SoldatInnen die Militärische Grundorganisation ausmachen³⁹. Dazu kommen ständig 22.000 Personen, die an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen⁴⁰. Der Grundwehrdienst soll im Jahr 2002 auf 9 Monate reduziert und entweder 'en bloc' oder in einmal 6 Monaten plus zweimal 6 Wochen abgeleistet werden können⁴¹. Es findet eine Neuordnung der Unteroffiziers- und Mannschaftslaufbahnen statt und alle Laufbahnen werden ab 2001 für Frauen geöffnet⁴². (Hierzu war die Bundesrepublik vom Europäischen Gerichtshof verurteilt worden⁴³.) Der Um-

³⁴ Die Kernelemente der Vorschläge der Weizsäcker-Kommission sind folgende:

- Reduzierung der Soldaten auf 240.000 (derzeit: 340.000),
- inklusive 30.000 Wehrpflichtigen. Sie sollen im Rahmen einer weiterhin 10-monatigen Auswahl-Wehrpflicht gezogen werden, d.h. es werden immer so viele einberufen, wie man benötigt (S. 65). (Hier liegt einer der Unterschiede zu von Kirchbach: Er schlägt 85.000 Wehrpflichtige bei einer Dienstverkürzung auf 9 Monate vor.)
- Von den 240.000 sollen 140.000 als Einsatzkräfte für Auslandseinsätze (derzeit: rund 60.000) zur Verfügung stehen (S. 54).
- Zivilpersonal und Standorte sollen abgebaut werden. (S. 15 f. Zivilpersonal von 124.000 auf rund 80.000 wird für möglich gehalten - S. 73)
- Mehr Aufgaben als bisher sollen internationalisiert ("multinationalisiert") werden, d. h. zum Beispiel gemeinsame Wartung und Betrieb des Eurofighters, Zusammenfassung der Seefernaufklärer, gemeinsamer Betrieb von Einsatzbasen, Wartung, Ersatzteildepots und Ausbildungssimulatoren und ähnliches (S. 37).

³⁵ "Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr. Bericht der Kommission an die Bundesregierung, 23. Mai 2000, hier kurz "Weizsäcker-Papier" genannt.

³⁶ FR 25.5.00, "Scharping entlässt von Kirchbach", S. 1.

Das Papier trägt den Titel "Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte", hrsg vom Generalinspekteur der Bundeswehr, Bonn, 23. Mai 2000.

³⁷ Zur Sollstärke: Eckpfeiler-Papier a.a.O., S. 25 ff.

³⁸ Mit der Verabschiedung des Eckpfeiler-Papiers hat sich Verteidigungsminister Scharping offensichtlich gegen den kleineren Koalitionspartner durchgesetzt, der auf den Vorrang ziviler Krisen- und Konfliktbewältigung drängt, die Abschaffung der als obsolet angesehenen Wehrpflicht fordert und die Bundeswehr auf insgesamt 200.000 SoldatInnen, langfristig sogar auf 150.000 SoldatInnen reduzieren will. Allerdings haben auch bei Bündnis 90/Die Grünen Einsatzkräfte und damit militärische Interventionen Vorrang vor der Aufgabe der Landesverteidigung: Ihr Umfang soll 100.000 bis 120.000 Soldaten betragen. (Fraktionsbeschluss der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 6.6.2000.)

³⁹ Eckpfeiler-Papier, S. 25 f

⁴⁰ Eckpfeiler-Papier, S. 15

⁴¹ Eckpfeiler-Papier S. 29 f, FR 15.6.00, "Wehr-Reform mit Fragezeichen", S. 1

⁴² Eckpfeiler-Papier S. 21

⁴³ Urteil vom 10.1.2000 aufgrund der Klage einer deutschen Elektronikerin, deren Bewerbung bei der Bundeswehr abgelehnt worden war, worauf das Verwaltungsgericht Hannover die Klage dem EuGH mit der Frage vorlegte, zu überprüfen, ob Artikel 12 a des GG nicht der Gleichheit beim Zugang zur Beschäftigung (Richtlinie 76/207 aus dem Jahr 1976) widerspreche. Siehe: Claudia Haydt und Tobias Pflüger, "Frauen an die Waffen? - Ein weiterer Schritt der Militarisierung" in: Friedensforum 1/2000, S. 12 f

fang des Zivilpersonals soll mittel- bis langfristig und "sozialverträglich" auf 80-90.000 Personen reduziert werden⁴⁴. Damit kommt die Bundeswehr auf einen "Friedensumfang" von 360.000 Personen, der im "Verteidigungsfall" auf 500.000 Personen aufgestockt werden kann⁴⁵.

Die Dissenspunkte⁴⁶ in der Diskussion um die Reform (Personal-Sollstärke, Finanzierung) verschleiern allerdings, dass man sich im großen und ganzen einig ist⁴⁷. Kern der Reform ist die "Modernisierung" der Bundeswehr für 'im Rahmen ihres Auftrags wahrscheinlichste Aufgabe, die Teilnahme an Einsätzen der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung...'⁴⁸. Konkret heißt dies, dass 'eine große Operation mit bis zu 50.000 Soldaten aller Teilstreitkräfte über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr oder zwei mittlere Operationen mit jeweils bis zu 10.000 Soldaten über mehrere Jahre sowie jeweils parallel mehrere kleine Operationen' durchgeführt werden können sollen. Dafür sei die Bereitstellung von bis zu fünf Kontingenten erforderlich, um die Durchhaltefähigkeit bei einem 30-monatigen Einsatzrhythmus zu gewährleisten⁴⁹.

"Die Fähigkeit zum regional begrenzten Kriseneinsatz schließt die Fähigkeit zur kollektiven Bündnis- und Landesverteidigung ein"⁵⁰, heißt es bei der Weizsäcker-Kommission weiterhin, was eine Umkehrung der bisherigen Funktionen der Bundeswehr bedeutet⁵¹.

Das Ganze kostet natürlich viel Geld. Im Bundeshaushalt sind einstweilen 45,3 Milliarden DM sowie 2 weitere Milliarden aus dem Einzelplan 60 (Einzelplan für Sonderaufgaben) vorgesehen worden. Außerdem darf Scharping das Geld verwenden, dass die Bundeswehr durch Einsparungen bei Beschaffung und Betrieb 'erwirtschaftet' - von 1 Milliarde DM in den nächsten drei bis fünf Jahren ist die Rede. Ob er auch das Geld aus dem Verkauf von Liegenschaften und Gerät behalten darf, ist noch nicht entschieden⁵².

Hinter den 'Einsparungen bei Beschaffung und Betrieb' verbirgt sich die Privatisierung von Teilaufgaben bei der Beschaffung von Material und Ausrüstung und der Ausbildung (z. B. für den Eurofighter). Auch das Gefechtsübungszen-

⁴⁴ Eckpfeiler-Papier S. 27

⁴⁵ Eckpfeiler-Papier S. 28

⁴⁶ Bündnis 90-Die Grünen befürworten eine Reduzierung auf 200.000 Berufs- und ZeitsoldatInnen und 30.000 Wehrpflichtige. Siehe: Angelika Beer, Öffentliches Schreiben vom 22. Juni 2000 an alle Mitglieder von B90/Die Grünen, "Bundeswehr: Erneuerung von Grund auf?"

⁴⁷ Dies gilt auch für CDU-CSU. Von den im Bundestag vertretenen Parteien fordert allein die PDS einen wirklichen Abbau der Bundeswehr auf 100.000 Mann unter Verzicht auf die Umrüstung auf eine Interventionsarmee und die Abschaffung der Wehrpflicht. Quelle: "Konzept der PDS-Bundestagsfraktion zur Zukunft der Bundeswehr: Für eine 100000-Personen-Armee. Zukunftssicherung durch Abrüstung, nicht durch qualitative Aufrüstung". Hrsg. PDS_Bundestagsfraktion, Platz der Republik, 11011 Berlin, Redaktionsschluss 19. Mai 2000

⁴⁸ Weizsäcker-Papier, S. 14.

⁴⁹ Eckpfeiler-Papier S. 25.

⁵⁰ Weizsäcker-Papier, S. 48.

⁵¹ Im Eckpfeiler-Papier findet sich allerdings eine solche Formulierung nicht wieder, was aber nichts daran ändert, dass de facto diese Umkehrung stattgefunden hat. Im Eckpfeilerpapier werden schlicht fünf Punkte als Auftrag der Bundeswehr definiert: "Die Bundeswehr
* schützt Deutschland und seine Staatsbürger vor politischer Erpressung und äußerer Gefahr,
* verteidigt Deutschland und seine Verbündeten,
* trägt zur Sicherung von Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum bei
* fördert den Weltfrieden und die internationale Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen,
* hilft bei Katastrophen, rettet aus Notlagen und unterstützt humanitäre Aktionen." (S. 8)

⁵² FR 15.6.00, "Wehr-Reform mit Fragezeichen", S. 1

trum in der Colbitz-Letzlinger Heide, gegen das seit Jahren eine Bürgerinitiative arbeitet, soll privatisiert werden⁵³.

Kritiker der Bundeswehrreform schätzen allerdings die Gesamtkosten der Modernisierung trotz geplanter Einsparungen (Verringerung der Zahl des zivilen Personals und der Wehrpflichtigen und 'outsourcing' von Aufgaben) auf 210 Mrd DM kosten insgesamt⁵⁴. Als Kosten für die Beteiligung an den europäischen Krisenreaktionskräften mit 54.000 SoldatInnen werden geschätzt, dass 225 Mrd. DM für Ausrüstung und 320 Mrd. DM für den laufenden Betrieb anfallen⁵⁵. Wirkliche genaue Zahlen besitzt niemand, zumal bei verschiedenen Rüstungsvorhaben die Angaben des Verteidigungsministeriums und des Bundesrechnungshofes auseinandergehen.

⁵³ "Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr". Rahmenvertrag, Stand 25. April 2000. Quelle: www.bundeswehr.de/rahmenvertrag.htm. Auf dieser Website des Verteidigungsministeriums kann auch eine Liste aller beteiligten Unternehmen abgerufen werden.

⁵⁴ "Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag zur Umstrukturierung der Bundeswehr, Autoren Lühr Henken, Peter Strutynski (Bundesausschuss-Friedensratschlag), 23.5.00

⁵⁵ Diese und die folgenden Zahlen aus Lühr Henken, "Mit neuen Waffen in die nächsten Kriege", in: Cremer/Lutz 2000, S.114-140, und aus der 'Bürger-und Bürgerinnen-Information' des Komitee für Grundrechte und Demokratie, "Die Neue Bundeswehr. Umrüstung zur Angriffsfähigkeit", Hrsg. August 2000.

Geplant sind u.a. folgende Anschaffungen:

- Anteil am Europäischen Spionagesatellitensystem und deutsch-französischer Militärsatellit
- Taktisches Luftverteidigungssystem (Kosten 6,2 Mrd DM, einsatzbereit ab 2010)
- Fernmeldesystem Heer (5,6 Mrd DM, einsatzbereit bis 2011)
- Führungsinformationssystem (4,4 Mrd DM, einsatzbereit bis 2003)
- Satellitenkommunikationssystem (3,5 Mrd DM; wird mit Frankreich und Großbritannien zusammen gebaut)
- 180 Eurofighter (bis 2005 einsatzfähig) (41,4 Mrd DM Beschaffungskosten nach Bundesrechnungshof, Betrieb 27 Mrd).
- 75 Airbus A 400 M (pro Stück 190 Mio DM, Haupt-Hersteller: Daimler-Chrysler-Aerospace)
- 685 Marschflugkörper TAURUS (4,2 Mrd DM, ab 2002, Hersteller: DASA-Tochter 'Lenkflugkörpersysteme GmbH'-LFK)
- Präzisions-Kampfdrohungen TAIFUN (in Entwicklung, Hersteller: STN Atlas-Elektronik, Bremen.
- Präzisionsflugkörper POLYPHEM (für Marine, ab 2006, Hersteller LFK)
- Aufklärungsdrohnen KZO Brevet (Beschaffung ab 2002, Hersteller STN Atlas)
- Marschflugkörper RBS 15 Mk 3 (für Marine, Weiterentwicklung von Schiff/Schiff-Flugkörper zu Landzielwaffe)
- 80 von 212 TIGER Kampfhubschrauber (pro Stück 72,6 Mio DM)
- 243 Transporthubschrauber NH-90 (zunächst 134 Stück für 6,8 Mrd DM)
- 8 Fregatten F 125 (12 Mrd DM, in Entwicklung)
- 3 Fregatten F 124 (3,9 Mrd DM, Unterhalt für 10 Jahre kostet weitere 10 Mrd DM)
- 15 Korvetten K 130 (8,4 Mrd DM, Hersteller. Blohm und Voss, Hamburg)
- 8 U-Boote U-212 (9 Mrd DM, Hersteller: HDW Kiel)
- 2 Einsatzgruppenversorger Klasse 702 (Großtransportschiffe)
- 594 Panzerhaubitzen 2000 und intelligente Suchzündermunition SMARt (7,4 Mrd DM, Hersteller: Wegmann, Kassel)
- Lasergelenkte Bomben
- 38 065 LKW (10,5 Mrd DM, werden seit 1996 angeschafft)
- 3000 Gepanzerte Transportfahrzeuge (8 Mrd DM nach Zahlen des Bundesrechnungshofs)
- Feldlager und Lazarette (3,3 Mrd DM).

3.2 Die Frage der Wehrpflicht

Keine der derzeit noch offenen Streitpunkte - weder die Frage der Ausgaben für die Reform, noch die Zahl der SoldatInnen, noch die Reformen im Bereich von Laufbahnen und Beschaffung, noch die Frage nach Abschaffung oder Beibehaltung der Wehrpflicht ändern etwas daran, dass die Bundeswehr zu einer Interventionsarmee umgerüstet wird und der politische Wille bei Regierung und konservativer Opposition⁵⁶ besteht, sie zu diesem Zwecke auch einzusetzen.

Dennoch ist die Frage, ob im Rahmen der Bundeswehr-Reform die Wehrpflicht fällt oder nicht, nähere Beschäftigung wert. Derzeit beteuert die Bundesregierung, dass sie die Wehrpflicht beibehalten wolle. Allein die Zahl der Wehrpflichtigen wurde gesenkt und gleichzeitig (seit 1. Juli 2000) auch die Zivildienstzeit von 13 auf 11 Monate verkürzt. Mit der Verkürzung sinkt auch die Zahl der Zivildienstplätze von rund 40.000 auf 36.000⁵⁷.

Der Bund für Soziale Verteidigung hat sich schon seit Jahren für die Abschaffung der Wehrpflicht eingesetzt⁵⁸. Dies bedeutete im Umkehrschluss **kein** Sich-Aussprechen für eine Berufsarmee, sondern die Abschaffung der Wehrpflicht wurde und wird als Schritt hin zur Abschaffung der Bundeswehr gesehen.

Die Wehrpflicht für Männer im Alter zwischen 18 und 45 bedeutet, dass die Hälfte jeder Generation⁵⁹ dazu gezwungen werden soll, die Techniken und Denkweisen des Tötens zu erlernen und auf Befehl anzuwenden. Dass hiervon wiederum fast die Hälfte⁶⁰ dies verweigert und stattdessen einen zivilen Ersatzdienst ableistet, ist in diesem Kontext irrelevant. Nicht nur wäre auch der zivile Ersatzdienst im Fall eines Krieges Kriegsdienst, da die Zivildienstleistenden (wie viele Berufsgruppen, z. B. die im Gesundheitswesen Tätigen) zu zwar unbewaffneten, aber kriegsrelevanten Hilfs- und Unterstützertätigkeiten herangezogen würden, sondern Wehrdienst bedeutet, dass diejenigen, die sich nicht aktiv verweigern, zu organisierter Gewaltanwendung ausgebildet werden. Auf der einen Seite bemühen sich unzählige, von Land wie Bund geförderte Gewaltpräventionsprogrammen darum, Jugendlichen Alternativen zur Gewalt, gewaltfreie Konfliktaustragung, Fairness, ziviles Handeln nahezubringen. Und auf der anderen Seite wird von denselben Jugendlichen dann erwartet, dass all dies keine Geltung hat, wenn der Staat es so anordnet, sondern gewaltsames Handeln zu erlernen Pflicht ist. Durch die Wehrpflicht werden die Bemühungen um ein gewaltfreies Miteinander und gewaltfreie Konfliktbearbeitung im Alltag entscheidend konterkariert⁶¹.

Wenn im heutigen Kontext der Wehrreform über die Abschaffung bzw. Aussetzung der Wehrpflicht gestritten wird, dann ist dies zu begrüßen. Es kann

⁵⁶ Von den im Bundestag vertretenen Parteien macht hier allein die PDS eine Ausnahme. Sie fordert eine Reduzierung auf 100.000 SoldatInnen und will diese nur so bewaffnen, dass sie strukturell nicht angriffsfähig sind. (Hinweis von Clemens Ronnefeldt).

⁵⁷ FR 10.8.2000, "Behinderte vermissen Zivis. Novelle des Ersatzdienstes führt zu Engpässen bei Betreuung", S. 5

⁵⁸ So z.B. im Rahmen der Kampagne "BRD ohne Armee".

⁵⁹ Die Betonung liegt hier auf dem Wort "Zwang", da Frauen nicht der Wehrpflicht unterliegen.

⁶⁰ Die Kriegsdienstverweigererquote gemessen an den "tauglich" Gemusterten liegt derzeit bei ca. 36 Prozent (Quelle: Zentralstelle KDV).

⁶¹ Hier ist natürlich ein viel allgemeineres Zivilisierungs-Defizit zu konstatieren. Das im Zivilleben in der Regel geltende Verbot zu töten ist für den Krieg aufgehoben - hierin sind sich alle Staaten der Welt und auch das Völkerrecht bislang (noch) einig. Ziel pazifistischer Bestrebungen ist, diese Doppelmoral bewusst zu machen, infrage zu stellen und schließlich aufzuheben.

wohl davon ausgegangen werden, dass sich Deutschland diesem Schritt, der von den meisten westeuropäischen Nachbarländern schon vollzogen wurde⁶², über kurz oder lang nicht mehr wird verweigern können, da das Thema der Wehrungerechtigkeit immer brisanter wird. Heute schon werden von 180.000 tauglich gemusterten Nicht-Verweigerern nur 150.000 einberufen, während alle Kriegsdienstverweigerer eingezogen werden⁶³. In Zukunft wird dieses Missverhältnis noch drastischer werden, wenn nur noch 100.000 Männer pro Jahr einberufen werden sollen. Dies war z. B. Anlass für die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer, dazu aufzurufen, mit einer Verweigerung zu warten, bis man tatsächlich einberufen wird.

Wichtig bei der Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht ist zweierlei:

1., dass die Wehrpflicht nicht durch eine allgemeine Dienstpflicht ersetzt wird, wie manche es vor dem Hintergrund des mit der Abschaffung der Wehrpflicht dann auch wegfallenden Zivildienstes fordern. Eine solche Dienstpflicht ist zum einen grundgesetzwidrig: Grundgesetz Artikel 12/2 verbietet in Konformität mit völkerrechtlichen Normen (...) jede Form der Zwangsarbeit, eine Regelung, die mit gutem Grund aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus eingeführt wurde. Und zum anderen würde sie gesellschaftspolitisch in eine völlig falsche Richtung führen: Anstelle des Erlernens von Freiheit und ihrer verantwortlichen Wahrnehmung stünde die Lehre, dass soziales Verhalten nur erzwungen werden kann, dass Freiwilligkeit etwas ist, worauf man besser nicht baut und dass die Aussetzung der Grundrechte ein selbstverständliches Recht des Staates ist.

2., dass für den Zivildienst eine Konversion im Sinne der Bewahrung der Leistungen im Sozialen Bereich, die derzeit durch den Zivildienst garantiert werden, stattfindet und vom Bund finanziert wird. Weit entfernt von der vorgeschriebenen arbeitsmarktpolitischen Neutralität des Zivildienstes hat dieser einen großen sozialpolitischen Stellenwert, schließt in vielen Einrichtungen Personallücken und hat einige Arbeitsfelder, z. B. die Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung, überhaupt erst möglich gemacht. Deshalb darf es im Interesse der hilfs- oder pflegebedürftigen Menschen, deren Lebensqualität durch den Einsatz von Zivildienstleistenden deutlich verbessert wurde, keinen ersatzlosen Wegfall der Zivildienstleistenden geben. Stattdessen steht der Bund, der über fast vierzig Jahre lang zugelassen hat, dass der Zivildienst diese sozialpolitische Bedeutung erhält, in der Pflicht, über öffentliche Programme und Zuschüsse die erforderlichen Arbeitsplätze für professionelle Kräfte zu schaffen bzw. zu bezuschussen. Ergänzend dazu sollten auch freiwillige soziale Dienste nach dem Vorbild des Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahres ausgebaut und attraktiver gemacht werden. Durch solche Maßnahmen würden dem

⁶² Von den fünfzehn Mitgliedsstaaten der NATO halten zur Zeit neben Deutschland nur noch fünf weitere Staaten (Dänemark, Griechenland, Italien, Norwegen und Türkei) an der Wehrpflicht fest. Belgien und die Niederlande haben die Wehrpflicht 1995 und 1996 ausgesetzt, Frankreich, Spanien und Portugal befinden sich in der Phase der Umwandlung von der Wehrpflicht- zur Freiwilligenarmee bis zum Jahre 2003. Diese Länder geben als Grund für die Aussetzung der Wehrpflicht und damit der spürbaren Verringerung der Streitkräfte an, daß die Sicherheitslage es zulasse, es mit Ende des Kalten Krieges keine direkte Bedrohung mehr gäbe, eine Massenarmee weder gegen internationale politische Instabilitäten noch gegen Massenvernichtungswaffen helfe. Großbritannien, Kanada, die USA und Luxemburg haben seit langem eine Berufarmee (Information der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer).

⁶³ "Billige Freiwillige sollen Lücken im Zivildienst schließen", in FR 15.9.00, S. 1

Bund Mehrkosten gegenüber den derzeitigen Ausgaben für den Zivildienst von geschätzt 1 Mrd. DM⁶⁴ entstehen. Eine kleine Summe im Vergleich zu den 210 Mrd. DM, die für den Umbau der Bundeswehr veranschlagt werden. Und nicht zuletzt würden viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden - nach einer Rechnung der Zentralstelle KDV (Bremen) etwa 90.000⁶⁵.

⁶⁴ Nach: Prof. Dr. Beate Finis-Siegler, "Konversion des Zivildienstes", in: "Was kommt nach dem Zivildienst?", Dokumentation des Fachgesprächs der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 11.5. 1998 im Bonner Wasserwerk, Seite 8-22 und Beirat Zivildienst des Diakonischen Werkes Württemberg, "Diakonie ohne Zivis - was tun, wenn die Wehrpflicht fällt?", Stuttgart Januar 1999

Finis-Siegler zitiert Blandow (1994), der einem von ZDLs erbrachten Arbeitswert von 3,3 Mrd DM Aufwendungen des Bundes und der Wohlfahrtspflege von 2,3 Mrd DM gegenüberstellt. Der Beirat des Diakonisches Werkes Württemberg kalkuliert, dass betriebswirtschaftlich die Ersetzung von ZDLs durch Hauptamtliche zu erheblichen Mehrkosten für die Einrichtungen führt (rund 1.400 DM für einen Zivi stünden rund 5.500 DM für einen Hauptamtlichen - Basis: Pflegehelferin ohne Ausbildung - pro Monat gegenüber), wobei sechs bis sieben Hauptamtliche die Arbeitsleistung von ca. zehn ZDL erbringen können. Wenn aber die volkswirtschaftlichen Kostenersparungen (Sozialversicherungsbeiträge, Steuern) mit einbezogen würden, dann wären überhaupt keine Mehraufwendungen gegenüber den gegenwärtig 9 Mrd DM Kosten erforderlich.

⁶⁵ "90.000 neue Arbeitsplätze bei Wegfall des Zivildienstes", Erklärung des Vorsitzenden der Zentralstelle KDV, Ulrich Finckh, anlässlich der Veröffentlichung der Arbeitslosenzahlen im November 1999. www.dfg-vk/zentralstelle-kdv/presse29. Derzeit leisten rund 135.000 Kriegsdienstverweigerer ihren Zivildienst.

4. Von der Kampagne "BRD ohne Armee" zum Kosovo-Krieg - Rückblick auf eine gut inszenierte Rettung des Militärischen

Als 1989 der Ost-West-Konflikt zu seinem - vorläufigen? - Ende kam, wozu die Demokratiebewegungen in der DDR, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei und die Friedensbewegung im Westen wesentlich beigetragen haben, schien radikale Abrüstung zum ersten Male zum Greifen nahe. In der Bundesrepublik drückte sich diese Hoffnung u. a. mit dem Beginn der vom BSV mit-initiierten 'BoA'-Kampagne ('Bundesrepublik ohne Armee') aus, die sich die Abschaffung der Bundeswehr bis zum Jahr 2000 zum Ziel setzte. Die Verteidigungshaushalte wurden gesenkt oder stiegen zumindest vorerst nicht mehr so stark an. (Wenngleich die von 1989 bis 1997 gesunkenen Militärausgaben in erster Linie auf Abrüstung im Raum des Warschauer Paktes zurückgehen, während fast überall sonst die Militärausgaben weiter stiegen⁶⁶.) Ein Großteil der in Europa stationierten Atomwaffen wurden demontiert oder zumindest abgezogen. Im September 1990 beschloss die Nato in aller Stille das Ende der Strategie der flexiblen Antwort. Wenn man Vertreter der Nato in dieser Zeit fragte, warum es sie denn noch gebe, bekam man zumeist eine ganze Liste möglicher 'Bedrohungen', gegen die man ja gewappnet sein müsse, die im Kern nur eines aus-sagten: dass die Nato selbst verzweifelt nach neuen Existenzgründen suchte⁶⁷.

Im Rückblick auf die letzten zehn Jahre wird deutlich, wie rasch und wohl auch gezielt die westliche Allianz dann begann, diese 'Existenzkrise' ihres Militärapparates zu überwinden. Deutschland orchestrierte diese Entwicklung damit, indem es sich selbst genauso schrittweise, von militärischem Konflikt zu militärischem Konflikt, quantitativ wie qualitativ mehr an ihnen beteiligte, bis es die Bande des Grundgesetzes, das jeden Militäreinsatz außerhalb der kollektiven 'Verteidigung' der Nato verbot, abgeschüttelt hatte.

Die Entwicklung begann mit der Golfkrise nach dem Überfall des Irak auf Kuwait am 2.8.1990. Der UN-Sicherheitsrat stellte ein Ultimatum, dem der Irak nicht nachgab. Daraufhin begannen am 16.1.1991 der Angriff eines aus Nato-Ländern rekrutierten Staatenbündnisses unter der Führung der USA. Die Nato beteiligte sich mit AWACS-Aufklärern. In diesem Kontext war auch die Bundeswehr - trotz der massiven Proteste auf der Straße gegen den Golfkrieg - schon mit Luftraumüberwachung und Feuerleitplanung beschäftigt, die sie von türkischem Territorium aus (also nicht 'out of area') durchführte.

Im April 1991 löste sich der Warschauer Pakt formal auf und in Westeuropa begann die Diskussion um europäische Verteidigung und gemeinsame Eingreiftruppen.

Im Sommer 1991 begann der Krieg in Jugoslawien zuerst mit sehr begrenzten Kampfhandlungen in Slowenien und dann in größerem Maßstab in Kroatien. Von den ersten Wochen an wurde er mit öffentlichen Überlegungen über militärische Eingreifoptionen begleitet, wenngleich ein Einsatz einer UN-Blauhelmtruppe erst nach mehreren Monaten Krieg Anfang 1992 als Ergebnis einer Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Zagreb und Belgrad erfolgte.

⁶⁶ Die Ausgaben sanken zwischen 1989 und 1997 von 1.210,5 Milliarden auf 804 Milliarden US-Dollar. Siehe Dieter S. Lutz a.a.O., S. 400 ff.

⁶⁷ "...NATO will either develop the strategy and structure to go 'out of area' or it will 'go out of business', erklärte etwas verspätet der amerikanische SeNator Richard G. Lugar 1993. Zitiert nach Gerhard Pieper, "Selbstmandatierung als Bündnisstrategie", in: FF 1/99, S. 25 ff

Der Nato-Gipfel in Rom 1991 sprach bereits von 'vielgestaltigen' Risiken und von Gefahren, die aus der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen und Terrorakten kämen⁶⁸.

1992 sind die Nato-Staaten dann soweit gewesen, neue Strategiepapiere zu formulieren und in die Öffentlichkeit zu bringen. Die New York Times veröffentlichte das oben schon erwähnte Pentagon-Papier, das die USA als einzige Supermacht definierte. Der deutsche Verteidigungsminister Stoltenberg produzierte ein Papier, das über Out-of-Area-Einsätze und die Bildung einer Schnellen Eingreiftruppe nachdachte. Daraus wurden dann Ende November 1992 die bekannten Verteidigungspolitischen Richtlinien, in denen auch weltweite wirtschaftliche Interessen, die es zu schützen gilt, angesprochen wurden.

Dem Nachdenken folgten auch Taten: Das deutsch-französische Korps wurde als möglicher Kern einer europäischen Armee gegründet und die Nato schaffte eine Schnelle Eingreiftruppe, deren Hauptquartier im Oktober 1992 in Bielefeld eingeweiht wurde. Die Bundeswehr beteiligte sich von Mai 1992 bis Ende 1993 mit SanitätssoldatInnen an der Blauhelmission UNTAC in Kambodscha - der erste 'out-of-area'-Einsatz der Bundeswehr. Schon im gleichen Jahr schloss sich der zweite Einsatz an: Ab Juli 1992 beteiligte sich die Bundeswehr an der Überwachung des Embargos gegen Jugoslawien in der Adria und ab Oktober auch an AWACS-Flügen zur Überwachung⁶⁹ des Flugverbots über Bosnien.

1994 folgte die UNOSOM-Mission in Somalia, wiederum unter Beteiligung der Bundeswehr mit 1.700 SoldatInnen (deren Hauptaufgabe das Brunnenbohren war, was viele auch sonst nicht militärkritische BeobachterInnen zur Frage veranlasste, ob das Technische Hilfswerk hierfür nicht geeigneter gewesen wäre.). Die UNOSOM-Mission war der erste UN-Einsatz mit Kampfauftrag nach Kap VII, beschönigend als 'robustes Peacekeeping' oder als 'humanitäre Intervention' bezeichnet. Beide Begriffe setzten sich in der Folgezeit in der öffentlichen Diskussion durch.

1994 wurde auch die Partnership for Peace geschaffen, die jeweils bilaterale Partnerschaften von Nicht-Mitgliedsstaaten mit der Nato vorsieht und deren Haupt-Funktionen in der 'Ruhigstellung' Russlands einerseits und der Vorbereitung von Mitgliedschaft neuer Länder andererseits zu sehen ist.. Etliche osteuropäische Länder haben sich diesem Programm angeschlossen, weil sie es als einen ersten Schritt hin zur Assoziierung mit Westeuropa und als gewissen Schutz - vor allem vor möglichen Instabilitäten in Russland - sehen.

1995 eskalierte der Krieg in Bosnien und die Nato tat den ersten Schritt, die UNO als 'Peacekeeping'-Instanz⁷⁰ abzulösen, als sie von der UNO zum Eingreifen mandatiert wurde. Nach einem besonders schwere Granatenangriff auf Sarajewo folgten Nato-Kampfeinsätze unter dem Namen 'Deliberate Force', um einen Waffenstillstand durchzusetzen⁷¹. Der Bundestag stimmte mit der Mehr-

⁶⁸ Siehe Ulrich Cremer, "Die neue NATO-Strategie", in: Cremer/Lutz 2000, S. 10-15

⁶⁹ Ab März 1993 haben diese AWACs auch Feuerleitfunktion zur Durchsetzung des Flugverbotes.

⁷⁰ Hierzu trug besonders das Versagen der UNPROFOR beim Schutz der ostbosnischen Enklaven (Srebrenica) bei.

⁷¹ Ob es wirklich der Nato zu verdanken ist, dass dann der Dayton-Vertrag geschlossen wurde, darf bezweifelt werden. Tatsache ist, dass die mit Hilfe des Westens aufgerüstete bosnische Armee schon auf dem besten Wege war, den Krieg auch ohne Luftunterstützung durch die Nato zu gewinnen.

heit der Stimmen aus allen Parteien am 30.6.1995 diesem erstem Kampfeinsatz der Bundeswehr zu. Nach Abschluss des Daytoner Abkommens übernahm die Nato im Dezember 1995 die Leitung der UN-Mission auf Grundlage des UN-Sicherheitsrat-Beschlusses. Für die Durchführung ist sie aber der UN nicht rechenschaftspflichtig.

Im Rückblick kann man sagen, dass Bosnien einen erneuten Wendepunkt darstellte. Nachdem zunächst seit 1991 friedens erzwingende Maßnahmen durch die UNO völkerrechtlich legitimiert wurden, wurde die Durchführung solcher Maßnahmen jetzt der Nato übertragen. Was noch fehlte, war der dritte Schritt, der dann 1998/99 vollzogen wurde, nämlich dass die 'Legislative', der UN-Sicherheitsrat, selbst 'out of business' ging.

Zunächst aber mussten die Nato und ihre Mitgliedsstaaten noch einige strukturelle Anpassungen vollziehen. 1995 kam die Osterweiterung der Nato in die Diskussion. 1996 legte der Vorsitzende des Gemeinsamen Stabes der verschiedenen US-Streitkräfte, John Shalikashvili, ein Papier mit dem Titel 'Joint Vision 2010' vor, das ein Konzept der Modernisierung der Streitkräfte auf allen Ebenen für Out-of-Area-Kriegführung entwickelt. Hier werden als zentrale US-Interessen der Außen- und Militärpolitik wirtschaftlicher Export und Zugang zu Rohöl benannt. Die EU begann die Reform des Maastrichter Vertrages u. a. unter dem Aspekt der Stärkung der militärischen Zusammenarbeit zu diskutieren.

Im April 1997 wurde das 'Kommando Spezialkräfte'⁷² der Bundeswehr in Calw gegründet.

Im Sommer-Herbst 1998, als die jugoslawische Armee Krieg gegen die Kosovo-Befreiungsarmee führte⁷³, drohte die Nato mit einem Einsatz im Kosovo. Der Bundestag stimmte der Mobilisierungsbefehl im Oktober zu, obwohl der UN-Sicherheitsrat nicht bereit war, einen Militäreinsatz zu legitimieren.

Bevor es dann zum Angriff der Nato auf Jugoslawien am 24. März 1999 kam, zeigten die USA schon mal, dass sie auch ohne Mandat des Sicherheitsrates agieren mögen: Ihre Luftangriffe auf den Irak im Dezember 1998 waren nicht durch die UN sanktioniert. Der Jugoslawienkrieg war dann der "Probelauf" (Ulrich Cremer) für die neue Nato-Strategie⁷⁴.

Anfang des Jahres 1999 wurden drei ehemalige Ostblockstaaten, Ungarn, Tschechien und Polen, in die Nato aufgenommen.

Am 24. April 1999 verabschiedete die Nato dann ihr neues Strategiekonzept, das genau solche Kampfeinsätze wie im Kosovo, notfalls auch ohne UN-Mandat, möglich macht.

Die Bundeswehr-Reform, die die notwendigen Anpassungen an die Nato-Strategie und die Europäisierung der EU vollzieht, wurde im Mai/Juni 2000 beschlossen und soll im wesentlichen bis zum Jahr 2002 vollzogen sein.

⁷² . Das Kommando umfasst 1.000 Soldaten für Elite-Out-of-Area-Einsätze.

⁷³ Christine Schweitzer, Krieg und Vertreibung im Kosovo - Ist die NATO Brandstifter oder Feuerwehr?, Hrsg. IFGK, Arbeitspapier Nr. 11, Wahlenau 5. Juni 1999

⁷⁴ Ulrich Cremer, "Militärische Emanzipationsversuche der EU", in: Cremer/Lutz 2000, S. 21-35,

5. Schurkenstaaten, Bürgerkriege und Ressourcensicherung - Sicherheit und Bedrohungsszenarien militärisch gesehen und zivil hinterfragt

Der Sicherheitsbegriff wurde, wie dargestellt, von Politik und Militär von der Sicherheit vor militärischer Bedrohung zunehmend auf andere Formen von Sicherheit (z. B. Ressourcensicherheit oder Umweltsicherheit) ausgeweitet⁷⁵. Auffällig ist, dass die militärische Option in praktisch allen diesen Bedrohungen eine Rolle spielt.

Die Frage, die sich hier stellt, ist zweifach. Zum einen, was heißt eigentlich 'Sicherheit'? Ist es überhaupt möglich, soviel Sicherheit wie möglich herzustellen? Zweitens, wie sollte mit diesen 'Sicherheitsrisiken' bzw. Bedrohungen umgegangen werden? Ist Gewalt zur Verteidigung der eigenen Interessen der richtige Weg?

Daraus leiten sich dann weitere Fragen ab, vor allem die nach Alternativen zu militärischer Gewalt, mögen diese in einer umfassenden, auf gerechte Strukturen zielende Politik, oder in konkreten Formen gewaltfreier Aktion bestehen, und wie diese Alternativen gegen die Interessen, die Rüstung, Militär und Krieg bewahren möchten, durchgesetzt werden können.

Zur Frage, was 'Sicherheit' eigentlich bedeutet, stellt Ekkehart Krippendorff⁷⁶ fest: "...'Sicherheit' ist nichts, das uns irgendwelche Institutionen, Staaten, Behörden oder Rechtsverhältnisse verschaffen können. Sie ist, ebenso wie die Freiheit aus Bewusstheit, für Geld nicht zu haben – im Gegenteil. Je mehr wir uns versichern, um so unsicherer werden wir. Die (außenpolitische) Geschichte des Kalten Krieges mit ihrer zentralen sog. „Sicherheitspolitik“ ist eine dramatische Parabel für unsere Frage, eine Parabel, die zugleich empirisch-konkret war. Noch nie war die Menschheit so bedroht, so „unsicher“, wie in den Jahren und Jahrzehnten dieser Sicherheitspolitik. Und während wir weiterhin glaubten – oder Glauben gemacht werden – dass wir zu unserer Sicherheit Militär, Rüstung oder Gewaltbereitschaft „zur Abschreckung“ brauchen, drängt sich eine ganz andere Bedrohung durch die offenstehende ‚Hintertür‘ herein: die erfahrbare Verminderung der Lebensqualität auf kürzere Sicht, die durch einen blinden Konsumismus nur mühselig vergessen gemacht wird. "

Diese Mahnung sollte bei der Diskussion um Sicherheit niemals vergessen werden. Nicht nur gibt es keine "absolute" Sicherheit, sondern es wird unter dem Vorwand, mehr Sicherheit schaffen zu wollen, Gefahr produziert - Gefahr durch genau diejenigen und das, was Sicherheit garantieren soll, seien es Schwarze Sheriffs, die alle Nicht-Deutsch-Aussehenden auf den Bahnhöfen schikanieren und oft auch bedrohen, seien es die Atomwaffen, die in den fünf- und vierzig Jahren, in denen ihre Existenz angeblich einen Dritten Weltkrieg verhindert hat, uns mehr als einmal an den Rand totaler Vernichtung gebracht haben.

Eine 'realistische Analyse von Gefahren und Bedrohungen', die sich der BSV in seiner Mindener Erklärung zur Aufgabe gemacht hat, spielte bereits bei der Diskussion um Soziale Verteidigung Ende der 80er Jahre eine Rolle. Sie half

⁷⁵ Siehe u.a. Lothar Brock, "Gewalt in den internationalen Beziehungen", in Berthold Meyer, Formen der Konfliktregelung. Eine Einführung mit Quellen, Opladen:Leske und Budrich, 1997, S. 110

⁷⁶ Ekkehardt Krippendorff, "Sicherheit und Freiheit", in: Soziale Gerechtigkeit statt "Innerer Sicherheit" - Alternativen zur Aufrüstung der Gesellschaft, Hrsg. Bund für Soziale Verteidigung /Versöhnungsbund, Dokumentation der Tagung 1.-3.10.1999 in Bonn, S. 11-23

dabei, die Rollen von Militär bei der Herstellung von "Sicherheit" kritisch zu hinterfragen, aber auch, aus einer zivilen Perspektive nach möglichen Bedrohungen zu fragen, die auf die zivilen Gesellschaften zukommen können und gegen die eine - gewaltfreie - Vorsorge nötig sein könnte. Im folgenden soll nun geprüft werden, wie es sich mit den vorgeblichen 'Sicherheitsrisiken' verhält, die als Begründung für die Bereitstellung von Militär dienen (Angriff, Kriege/Bürgerkriege anderenorts, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, Organisiertes Verbrechen, Gefährdung von Ressourcenfluss, Flüchtlingsströme) und welche weiteren 'offiziellen' Aufgaben von Militär es gibt (Katastrophenhilfe, Unruhen im Inland, Durchsetzung internationalen Rechts). Dem gegenübergestellt werden sollen anschließend andere 'Sicherheitsrisiken' und Bedrohungen, die nicht in der Liste der Nato auftauchen (Putsche, Menschenrechtsverletzungen, Armut, Wirtschaftskrisen, Technokratie/ Entdemokratisierung, Desinformation, Umweltzerstörung, Seuchen, gefährliche Technologien). Dazu gehören auch solche, bei denen die Bedrohung vom Militär **ausgeht**.

5.1 Die Liste von 'Sicherheitsrisiken' im Nato-Strategiepapier von 1999⁷⁷ :

- Angriff eines anderen Staates oder Staatengemeinschaft auf das Territorium des eigenen Landes

Hier wird festgestellt, dass dies für Deutschland (und für die anderen Staaten im Kerngebiet der Nato) für absehbare Zeit nicht zutrifft⁷⁸. Wenn sich doch wieder ein solches Bedrohungsszenario (etwa von Russland her) aufbauen sollte, habe man genügend Zeit, um sich darauf vorzubereiten⁷⁹.

Die dennoch latent vorhandene Furcht vor einem solchen Angriff wird von den USA allerdings instrumentalisiert, wenn sie zur Rechtfertigung ihres geplanten Raketenabwehrschirmes (s. oben) vor möglichen Raketenangriffen über lange Distanzen von sog. "Schurkenstaaten" warnen - eine Warnung, die die Europäer (bislang zumindest und zu recht) so nicht nachvollziehen mögen.

- Kriege und Bürgerkriege am Rande des Nato-Gebietes oder anderenorts, die potentiell die Sicherheit oder lebenswichtige Interessen der Natoländer berühren

Bei solchen Kriegen wird immer das Beispiel 'Jugoslawien' angeführt. Es gibt aber auch andere Krisenherde, die auch unter dem Gesichtspunkt möglicher Interventionen berücksichtigt werden müssen: die gesamte Kaukasus-Region, Jugoslawien (Montenegro), Mazedonien, der Nahe und Mittlere Osten, Indien/Pakistan (Kaschmir) und Taiwan. Andere Krisenherde, besonders in Afrika (Äthiopien, Sudan, Angola, Burundi, Guinea-Bissau, Zimbabwe, Senegal, Demokratische Volksrepublik Kongo -Zaire und Liberia, um nur einige von den betroffenen Ländern zu nennen), liegen hingegen oftmals außerhalb der Interessensphären der mächtigen Staaten⁸⁰ und würden wohl nur die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, falls über die Massenmedien oder konzer-

⁷⁷ [Auch das Weizsäcker-Papier enthält ein Kapitel "Risiken und Bedrohungen" ähnlichen Inhalts \(S. 24 ff\)](#)

⁷⁸ "Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist Deutschland ringsum von Bündnis- und Integrationspartnern umgeben und keiner äußeren Gefährdung seines Territoriums durch Nachbarn ausgesetzt. Diese neue Grundgegebenheit deutscher Sicherheit ist nicht vorübergehender Natur, sondern hat Bestandskraft für die vorhersehbare Zukunft." (Weizsäcker-Papier, S. 13)

⁷⁹ [8-10 Jahre](#)dem Weizsäcker-Papier zufolge, S. [2347](#)

tierte Lobbyarbeit Regierungen der Metropolen dazu gebracht werden, einzugreifen.

➤ Proliferation von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen

Hierzu ist oben schon einiges gesagt worden. Über die Proliferationsdebatte wird allerdings vergessen, welche Gefahr von den schon jetzt atomwaffenbesitzenden Ländern ausgeht. Wenn die USA z.B. davon sprechen, in Zukunft Atomwaffen auch gegen Gegner, die mit konventionellen Waffen ausgestattet sind, einzusetzen, dann scheint diese Gefahr genauso groß wie die, die von eventuellen neuen Nuklearmächten ausgeht.

➤ Terrorismus und Sabotage

Dieser Punkt scheint uns in seiner Bedeutung überschätzt zu sein. Selbstverständlich gibt es internationalen Terrorismus, und die jeweiligen Anschläge, zumal wenn sie sich unterschiedslos gegen die Bevölkerung richten, sind schrecklich (man denke an die Anschläge der Hamas in Israel oder die Anschläge auf Wohnhäuser in Russland oder das World Trade Center in den USA). Aber politischer Terrorismus ist letztlich ein Ausdruck von nicht-bearbeiteten Konflikten, bei denen eine Seite sich so unterlegen sieht, dass sie nur in Terror Erfolgsaussichten sieht. Deshalb sollte eine konsequente Zivile Konfliktbearbeitung, die die Interessen aller Konfliktparteien berücksichtigt, Terrorismus in vielen Fällen vorbeugen können. Zur Gefahr für "den Norden" wird er vor allem unter dem Szenario einer abgeschotteten Nördlichen Hemisphäre, die ihren Wohlstand auf Kosten der anderen zwei Drittel der Welt zu verteidigen sucht. Damit soll nicht behauptet werden, dass über Zivile Konfliktbearbeitung Terrorismus völlig beseitigt werden kann - ein Restrisiko verbleibt immer. Aber das gleiche gilt für alle Szenarien der militärischen Schutzes ebenso.

➤ Organisierte Kriminalität

Organisierte Kriminalität entsteht in erster Linie, wenn Armut und Demokratiedefizite zusammenwirken. Deshalb sind diese auch die Ansatzpunkte zu ihrer Bekämpfung, nicht Militäreinsätze gegen Bergbauern oder Großdealer in Kolumbien. Die vorhandenen polizeilichen Mittel (Interpol) sollten ausreichen, sofern in den betroffenen Ländern der politische Wille zur Bekämpfung von Organisierter Kriminalität besteht. Dessen Generierung ist eine politische Aufgabe, bei der PolitikerInnen und Zivilgesellschaft⁸¹ zusammenwirken müssen, keine militärische.

➤ Unterbrechung des Flusses wichtiger Ressourcen (Wasser, Rohstoffe)

Der zweite Golfkrieg 1991 war das jüngste Beispiel von Interventionskriegen, die aus diesem Grunde geführt wurden.

➤ Flüchtlingsströme

In diesem Punkt kommt eine menschenverachtende und egozentrische Einstellung gegenüber den Opfern von Krieg und Gewalt zum Ausdruck. Die Politik der geschlossenen Grenzen und Abschottung gegen Migration sollte als eine neue Form Kalten Krieges betrachtet werden, die sich nur diesmal nicht zwischen zwei politischen Systemen abspielt, sondern sich von den

⁸⁰ Gewisse wirtschaftliche Interessen vor allem an Rohstoffen (Diamanten, Öl) sind allerdings oftmals festzustellen.

⁸¹ Man denke an die Anti-Mafia-Protteste in Sizilien.

Metropolen aus gegen diejenigen richtet, die außerhalb der Zentren wohnen⁸². Die 'Festung Europa' und die 'Festung Nordamerika' sind nur eine andere Seite von Krieg - einem Krieg⁸³, der ohne den Einsatz moderner Waffen geführt wird, dessen Opferrate aber die mancher mit Bombern geführten Kriege leicht übersteigen kann.

Mit Ausnahme des letzten Punktes, der ersatzlos aus dieser Liste gestrichen gehört, sind diese von der Politik als Bedrohungen benannten Punkte Gefahren, die eine verantwortungsbewusste Sicherheitspolitik durchaus im Auge haben sollte, auch wenn einzelne derzeit eher unwahrscheinlich sind oder in ihrer Auswirkung stark überschätzt werden.

Aber die Bereithaltung von Militär zu ihrer Bearbeitung ist unnötig, ja kontraproduktiv. Unnötig, weil es Konzepte gewaltloser Konfliktaustragung gibt, die es möglich machen, auf militärische Gewalt zu verzichten (zum Beispiel Soziale Verteidigung für den Fall militärischer Angriffe⁸⁴), oder weil vorbeugende politische Maßnahmen (z.B. präventive Politik ziviler Konfliktbearbeitung oder die Entwicklung alternativer Energiequellen) das Problem lösen können. Kontraproduktiv, da die Androhung von Gewalt Konflikte i. d. R. eskaliert (was für Kriege und Bürgerkriege ebenso wie für Terrorismus und Proliferation gilt).

5.2 Weitere "offizielle Aufgaben"

In eine Auflistung von Aufgaben von Militär gehören folgende weitere Elemente, die von offizieller Seite bei Gelegenheit angegeben werden:

- Naturkatastrophen und ähnliches, bei denen das Militär als Helfer eingesetzt wird (z.B. die Überschwemmung an der Oder)⁸⁵.
- Einsätze zur Aufstands- und Verbrechensbekämpfung im Inland. Dies wird in Deutschland zwar weiterhin ausgeschlossen, gehört aber in anderen Ländern, z.B. Frankreich und den USA, zur Aufgabenbeschreibung⁸⁶.

⁸² Vergleiche das sehr eindrucksvolle Werk von Jean-Christophe Rufin, Die neuen Barbaren, München 1996

⁸³ Das ist natürlich nicht, was von den Politikern gemeint wird, wenn sie Flüchtlingsströme als Bedrohung bezeichnen und was auch eines der Motive des Kosovokrieges 1999 gewesen ist. Clemens Ronnefeldt zitiert Gerhard Schröder (nach FR vom 24.7.99) mit den Worten: "Sie (die deutschen Soldaten im Kosovo) nehmen damit uns in Deutschland die Notwendigkeit ab, die Menschen bei uns zu beherbergen." Clemens Ronnefeldt, Bundeswehr und Privatisierung, in: Friedensforum 3/2000, S. 3

⁸⁴ Soziale Verteidigung wurde als Konzept für einen gewaltfreien Widerstand, entwickelt, der eine Gesellschaft wirksam gegen einen militärischen Überfall von außen, aber auch gegen einen gewaltsamen Staatsstreich von innen schützen soll. Eine Gesellschaft, die Soziale Verteidigung praktiziert, kann sich damit gegen verschiedene Risiken schützen. Das Konzept der Sozialen Verteidigung geht davon aus, dass letztlich die Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung des angegriffenen Landes darüber entscheidet, ob ein (militärischer) Angreifer sein Ziel erreicht oder nicht. Es wird nicht das Territorium an den Landesgrenzen verteidigt, sondern die Selbstbestimmung einer Gesellschaft durch die Verweigerung der Kooperation. Sie beruht auf den Prinzipien und Methoden von Gewaltfreiheit und der gewaltfreien Aktion. Gewaltfreiheit als aktives und kreatives Handeln wird als ein „Dritter Weg“ zwischen der Hinnahme von Unrecht und der Anwendung von Gewalt angesehen. Somit folgen die VertreterInnen von Sozialer Verteidigung nicht der gängigen Annahme, dass gegen Gewalt nur Gewalt hilft und dass die Alternative nur ein hilfloses Zuschauen sein muss. Für eine Aufarbeitung des Diskussionsstandes bis Mitte der 90er Jahre siehe: Barbara Müller, Zur Theorie und Praxis von Sozialer Verteidigung, IFGK-Arbeitspapier Nr. 3, Wahlenau, Februar 1996

⁸⁵ [Weizsäcker-Papier S. 47](#)

⁸⁶ (siehe Unruhen in Los Angeles 1997)

- Militär zur Durchsetzung internationalen Rechtes und für Peacekeeping-Aufgaben im Rahmen der UN⁸⁷.

Hierzu ist festzustellen, dass diese Aufgaben nicht vom Militär wahrgenommen werden brauchen noch sollten. Zivile Hilfswerke bzw. die Polizei sind ausreichend. Im Falle von Naturkatastrophen könnte es hilfreich sein, wenn die bislang dem Militär zur Verfügung stehenden technischen Geräte diesen Hilfswerken überlassen würden, was gleichzeitig auch ein sinnvoller Beitrag zur Konversion wäre.

Die Vorstellung, Militär (unter UN-Kontrolle z.B.) zur Durchsetzung von Völkerrecht als Quasi-Polizei aufzustellen, ist auch unter PazifistInnen nicht unumstritten. Die Frage, die sich stellt, ist, ob es sich bei diesem Vorschlag letztlich nicht um einen Etikettenschwindel handelt. Polizei lebt davon, dass letztlich alle, auch diejenigen, die gegen das Gesetz verstoßen, ihre grundsätzliche Legitimität anerkennen. Deshalb ist die Voraussetzung für eine "Weltpolizei" der Weltstaat. Solange dieser nicht existiert bzw. es Gruppen gibt, die auf Krieg als Mittel zur Erreichung ihrer Ziele nicht verzichten mögen, würde eine Polizeitruppe zu dem gleichen Maß an Gewalt und Vorgehensweisen greifen müssen, wie sie beim "robusten Peacekeeping" debattiert werden. Es scheint eine gefährliche Illusion zu sein, zu glauben, daß kriegerische Konflikte durch die Schaffung eines "Weltstaates" - unabhängig davon, ob man diesen überhaupt als wünschenswert ansieht - harmloser würden.

Die Konfliktszenarien, die die VertreterInnen von Weltpolizeien beschreiben, scheinen sich sehr an den Erfahrungen in Bosnien-Herzegowina zu orientieren und dürften schon in dem mit wesentlich stärkeren Waffen und intensiver geführten Krieg in Tschetschenien nicht funktioniert haben: "An die Stelle der Armeen treten mobile Einsatzkommandos, die keinen Feind, sondern Terrorgruppen vor sich sehen, gegen die sie mit psychologischer Finesse vorgehen. Waffenproduktion und -handel werden unterbunden; Kriegsgebiete werden seuchenpolizeilich behandelt, und das heißt abgeriegelt, damit der Infekt nicht nach außen dringt"⁸⁸. Im Klartext hieße das: Wenn ein Krieg nicht "polizeilich" zu unterbinden ist, dann werden die Grenzen ohne Rücksicht auf die Opfer des Konfliktes dichtgemacht. Dies entspricht kaum der Ethik von 'normalen' Polizeieinsätzen, bei denen fast immer der Schutz der Opfer vor der Verfolgung von Straftaten steht. Und mit Menschenrechtsschutz und Verhinderung von drohendem Völkermord, die als Begründung für militärische "humanitären Interventionen" gegeben werden, genauso wenig.

⁸⁷ Eckpfeiler-Papier S. 11, [Weizsäcker-Papier S. 30](#)

⁸⁸ Tönnies, Sibylle, Soldaten müssen Polizisten werden. Plädoyer für einen neuen Pazifismus, in: DIE ZEIT Nr 19, 3.5.1996, S. 45 f

5.3 Militär als Bedrohung - Risiken einmal "andersherum"

Eine Liste von Bedrohungen wäre allerdings nicht vollständig ohne folgende weitere Elemente, bei denen die Bedrohung vom Militär selber ausgeht:

- Putsch, Staatsstriche, bei denen das Militär in vielen Ländern der Welt sich die Regierung schafft, die es haben möchte. Dies war in der Vergangenheit auch in Nato-Staaten nicht unbekannt: Man denke an Portugal, Griechenland und die Türkei.
- Verletzungen von Menschen- und Bürgerrechten im Militär und durch das Militär.

5.4 Bedrohungen und Gefahren, über die das Militär schweigt

Und abschließend gibt es da noch eine Reihe von Krisenfaktoren, die zunächst einmal überhaupt nichts mit Militär und Schutz durch Militär zu tun haben, aber die für das Sicherheitsempfinden ziviler Gesellschaften bedeutsam sind und die, wenn sie unbearbeitet bleiben, durchaus gewaltträchtige Konfliktfaktoren werden können⁸⁹.

An erster Stelle bei diesen Krisenfaktoren stehen jene, die gewöhnlich mit dem Schlagwort der Globalisierung⁹⁰ in Verbindung gebracht werden. Ohne dieses Schlagwort überstrapazieren zu wollen - Globalisierung ist nicht das neue Übel, das alles erklärt - dürften die wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen dazu führen, dass

- bestehende soziale Widersprüchlichkeiten sich zuspitzen (Verarmung von Bevölkerungsteilen bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum in den Industrieländern), und in armen Ländern der südlichen Hemisphäre Verarmung, Landflucht und Zerstörung der sozialen Infrastruktur zunehmen. Dies ist eine Entwicklung, die durch das rasche Bevölkerungswachstum weiter beschleunigt wird (Wachstum der Weltbevölkerung auf das vier- bis fünffache der Zahl, die 1924 lebte⁹¹);
- neue Krisen die Weltwirtschaft erschüttern (man denke an die Ostasienkrise, die von niemandem vorhergesehen wurde);
- die politische Zuständigkeit und Steuerungsfähigkeit der Einzelstaaten erheblich zugunsten technokratischer Exekutiven (Beispiel: EU-Bürokratie) und multinationaler Konzerne eingeschränkt werden;
- Propaganda und Desinformation durch die sich immer mehr zu weltweiten Kartellen vereinigenden Massenmedien politische Meinungsbildung und sogar die Wahrnehmung von Realität als solcher immer mehr beeinflussen und

⁸⁹ [Diese werden auch von der Weizsäcker-Kommission anerkannt \(S.23 ff\), doch dienen sie dort eher dazu, weitere Rechtfertigungen für die angebliche Notwendigkeit von Rüstung und Militär zu liefern.](#)

⁹⁰ Siehe die verschiedenen Aufsätze in "Globale Trends 2000", Hrsg. Stiftung Entwicklung und Frieden, a.a.O. Hieraus wurden auch die folgenden statistischen Zahlen entnommen.

⁹¹ 1999 wurde die Zahl von 6 Milliarden Menschen erreicht, für 2050 wird eine Zahl von mindestens 8,9 Milliarden geschätzt. Zum Vergleich: 1804 gab es eine Milliarde, 1924 erst zwei Milliarden Menschen.

- die trotz internationaler Vereinbarungen weitergehende Verschlechterung von Umwelt- und Lebensqualität (Boden, Wasser, Luft)⁹².

Dazu kommen als weitere Bedrohungen:

- verheerende Seuchen (wie Aids) und
➤ gefährliche Technologien wie Atomkraftwerke, Gentechnik usw.

All diese letztgenannten Bedrohungen erfordern entschiedenes politisches Handeln auf allen Ebenen - von den Vereinten Nationen bis zu Bürgerinitiativen, die an der Basis wirken (s. lokale Agenda 2000 z.B.) Doch nur zu oft scheitert das notwendige Handeln am fehlenden Geld. Dies allein sollte Grund genug sein, die Auf- und Umrüstungsvorhaben der Nato sofort zu stoppen und die dadurch freiwerdenden Mittel für die Bekämpfung von Armut, Krankheit, Umweltvernichtung, für die Entwicklung alternativer Energien usw. einzusetzen.

Da es am politischen Willen fehlt, dies zu tun, dürfte sich ein solcher Wandel kaum ohne direktes Handeln der Bürgerinnen und Bürger durchsetzen lassen - also durch Gewaltfreie Aktion bis hin zur Sozialen Verteidigung (oder Gewaltfreiem Aufstand in der Terminologie von Theodor Ebert⁹³).

Tafel (1): 'Sicherheitsrisiken' und Instrumente des Umganges mit ihnen

'Sicherheitsrisiken'	Einschätzung der Bedeutung	Vorschläge für Instrumente des Umganges mit ihnen
1. Angriff auf das Territorium der Bundesrepublik	unwahrscheinlich; lange Vorwarnzeit	Konfliktursachen beseitigen, Soziale Verteidigung aufbauen
2. Kriege und Bürgerkriege anderenorts	Betroffenheit oftmals vorhanden wegen Verwicklung von Nato-Ländern in diese Konflikte; Öffentliche Meinung fordert Handeln	Präventionspolitik; Stärkung internationalen Rechts; Zivile Konfliktbearbeitung; Gewaltfreie Interventionen
3. Proliferation	Gefahr vorhanden in Konfliktregionen, Angriff auf Nato-Länder aber unwahrscheinlich	Abschaffung aller Atomwaffen in Nato-Land-Besitz als erster Schritt, dann Ächtung völkerrechtlich durchsetzen
4. Terrorismus, Sabotage	nicht auszuschließen	gegen Terrorismus gibt es keinen absoluten Schutz; auf Ausgleich und Gerechtigkeit zielende Politik als bester Schutz
5. Organisiertes Verbrechen	scheint zuzunehmen	Polizei; Aufklärung, Zivilcourage der BürgerInnen
6. Gefährdung von Ressourcenfluss	nicht auszuschließen	Entwicklung alternativer Energien; gerechte Wirtschaft

⁹² Die ganze Länder unbewohnbar machen kann, wie z.B. Bangladesch in den Szenarien der Hebung des Meeresspiegels durch von Menschen gemachte Klimaveränderungen.

⁹³ Ebert, Theodor, Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg, Waldkirchen: Waldkircher Verlagsgesellschaft, 1981 (4. Auflage)

7. Flüchtlingsströme	Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen nimmt zu	sollten nicht als Bedrohung für uns gesehen werden, sondern als humanitäre und politische Aufgabe
8. Naturkatastrophen	kommt vor	militärische Ressourcen zivilen Hilfswerken zur Verfügung stellen; Konversion
9. Unruhen im Inland	für Deutschland derzeit unwahrscheinlich	keine militärische Aufgabe, sondern Herausforderung für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, evtl. Polizei
10. Durchsetzung internationalen Rechts	Vision; real derzeit eher als Deckmantel für andere Intentionen	keine militärische Aufgabe, sondern Aufgabe von international kooperierender Polizei und dem Internationalen Strafgerichtshof
11. Putsch	in den meisten Nato-Staaten eher unwahrscheinlich	Soziale Verteidigung
12. Menschenrechtsverletzungen	kommen in vielen Nato-Staaten vor, in einigen in gravierender Form (USA, Türkei) ⁹⁴	Internationaler Strafgerichtshof; Öffentlichkeitsarbeit; politischer Druck, Ächtung
13. Armut	nimmt zu (Zweidrittelsegesellschaften), neue Länder von Armut betroffen, vor allem im ehemaligen Ostblock	Soziale Gerechtigkeit schaffen, was auch den Einsatz öffentlicher Mittel fordert
14. Wirtschaftskrisen	treten auf	Geldmärkte und Risikogeschäfte staatlich bzw. international besser kontrollieren
15. Technokratie, Entdemokratisierung	nimmt ständig zu	Demokratische Kontrollen einrichten; "lebendige Demokratie", Empowerment in der Gesellschaft, "mündige BürgerInnen" Subsidiaritätsprinzip durchsetzen
16. Desinformation	nimmt ständig zu	Förderung alternativer Medien, Nutzung der öffentlich-rechtlichen Programme zur 'korrekten' Berichterstattung, Kritikfähigkeit zum Thema in Schulen machen
17. Umweltzerstörung	große Bedeutung; nimmt trotz internationaler Regime und Übereinkünfte zu	ökologische Politik dringend geboten
18. Seuchen	nehmen (wieder) zu, besonders bedrohlich Aids (in Afrika)	enger Zusammenhang mit Armut bzw. sozialer Gerechtigkeit
19. Gefährliche Technologien	große Bedeutung	Verzicht auf Weiterentwicklung bestimmter Technologien

⁹⁴ Man vergleiche die jährlichen Berichte von Amnesty International.

6. Kriegsursachen - viele Fragen, wenige Antworten

Die Frage "Wie können Krieg, Rüstung und Militär überwunden werden?" ist nicht neu, sondern wurde spätestens schon in der Zeit der Aufklärung⁹⁵ von Philosophen wie Erasmus, Crucé, Penn, Voltaire, Rousseau, Kant und Bentham gestellt. Friedens- und antimilitaristische Bewegungen begleitet sie seit deren Entstehung im ausgehenden 19. Jahrhundert.

6. 1 Keine klaren Antworten aus der Friedens- und Konfliktforschung

Die Kriegsursachenforschung hat bislang keine konsistente, von allen geteilte allgemeine Theorie hervorgebracht, die die Entstehung von Krieg erklärt. Der einzige Konsens, der besteht, ist, dass es auf jeden Fall wohl falsch ist, Krieg auf eine einzige Ursache, einen einzigen Faktor zurückzuführen und dafür ein Allheilmittel zu verschreiben. Deutlich ist, dass es "sehr wenige notwendige Bedingungen" gibt, die erfüllt sein müssen, damit es zu Krieg kommt, "und sehr viele ausreichende Bedingungen, von denen nur jeweils einige in einem bestimmten Konflikt vorhanden sein mögen. Krieg ist möglich, sobald Waffen verfügbar sind, mit denen er ausgefochten werden kann, und so lange wie es einen Streit zwischen zwei oder mehr Parteien gibt. Was Krieg wahrscheinlich macht, ist jedoch eine viel kompliziertere Frage."⁹⁶

Unter anderem werden genetische und evolutionsbiologische (Aggression als genetisch verankerte Funktion, Chancen zum Überleben der 'Art' werden maximiert), lerntheoretische (Krieg als erlerntes Verhalten), handlungstheoretische (Nutzenmaximierung), kulturökologische (Krieg um knappe Ressourcen), kulturpluralistische (Ethnizität als Kriegsursache) und kognitive (in der Einstellung begründete) Ursachen unterschieden⁹⁷.

Als spezielle Erklärungen für Krieg werden in der Literatur⁹⁸ u.a. diskutiert die Rolle von Macht-(Un-)Gleichgewichten (ein Konzept, das seit dem Altertum bekannt ist), von Wirtschaft(swachstum) und freiem Handel, von 'relativer Deprivation' (d.h. Unterschied zwischen erwarteten und tatsächlichem Zugang zu Wohlstand und Macht), Verschlechterung der Umweltbedingungen, von Staat als solchem, von Staatsformen (Demokratie, autoritäre Regime, Übergangsregime), von Gewaltmonopol und der Zusammenhang von interner Kohäsion bzw. Konflikt mit externer Aggression. Auffällig bei den zwei letztgenannten Aspekten ist, dass es sowohl Theorien gibt, die sagen, dass Gewaltmonopol und innere Kohäsion friedensfördernd wie das sie kriegsfördernd seien⁹⁹, was die Vorläufigkeit vieler Hypothesen der Kriegsursachenforschung belegt.

Ebenfalls umstritten ist die Rolle ethnischer Diversität. In den Augen vieler Konfliktforscher ist sie per se keine Ursache von Krieg, wengleich Konfliktparteien sich oft über ihre ethnischen Identitäten identifizieren¹⁰⁰ - und über sie identifiziert werden. Ethnizität ist ein mächtiger Faktor, um Menschen gegeneinander

⁹⁵ James E. Dougherty/Robert L. Pfaltzgraff, Jr, *Contending Theories of International Relations. A Comprehensive Survey*, New York: Longman, 1997 (4. Ausgabe), S.190

⁹⁶ Dan Smith 2000 a.a.O, S. 4, Übersetzung durch die Autorin

⁹⁷ Erwin Orywal, "Krieg und Frieden in den Wissenschaften", in: *Krieg und Kampf*, Hrsg. Orwin Orywal, Aparna Rao und Michael Bollig, Berlin:Dietrich Reimer Verlag, 1996, S. 13-44

⁹⁸ Einen guten Überblick geben Dougherty/Pfaltzgraff 1997 und der Quellenband von Meyer 1997 (a.a.O.)

⁹⁹ Dougherty/Pfaltzgraff 1997 u.a. 215 ff, 331

¹⁰⁰ Dan Smith 2000 a.a.O.,S. 5

aufzubringen und auszuspielen. Sie lässt sich einfach zuschreiben, rührt an fundamentale Werte und ist scheinbar nicht verhandelbar.

Die verschiedenen, teilweise recht populären psychologischen und biologischen Theorien (Aggression und Frustration) versuchen zu erklären, warum Menschen bereit sind, sich für Krieg zu entscheiden bzw. an ihm zu beteiligen¹⁰¹. Eine Erklärung dafür, warum es den modernen Krieg gibt, können sie nicht geben, auch wenn die öffentliche Diskussion (immer noch) dazu neigt, Krieg auf 'das Böse im Menschen' und auf individuelle Aggression zurückzuführen.

Ebenfalls populär aber schwerlich testbar sind die Theorien, die von Krieg-Frieden-Zyklen in der Geschichte ausgehen (z.B. Toynbee, Wallerstein)¹⁰². Ihre statistische Basis ist viel zu klein.

Allgemein gilt für alle erwähnten Ansätze, dass es oftmals nicht einfach ist, aus statistischen Analysen Ursachen abzulesen. Als Beispiel nehme man das Thema der Rüstungswettläufe: Nach statistischen Untersuchungen führten bei Konflikten ohne Rüstungswettlauf nur 3 von 71 Fällen zum Krieg, bei Rüstungswettläufen waren es 23 von 28 Fällen¹⁰³. Doch während diese Zahlen eine gute Basis für Prognosen bietet, wäre es falsch, aus ihr zu schließen, dass Rüstungswettläufe die Ursache von Krieg sind - sie können genauso gut ein Symptom eines rasch eskalierenden Konfliktes darstellen.

Smith unterscheidet, D. Dessler folgend¹⁰⁴, vier Ursachen-Typen, die hilfreich sind bei der Analyse von Konfliktursachen:

- Ursachen im Hintergrund (z.B. dass bestimmte Gruppen von der Macht ausgeschlossen sind oder dass regionale ökonomische Unterschiede bestehen)
- Mobilisierungs-Strategien (wie politische Schlüsselakteure versuchen, ihre Ziele zu erreichen)
- Auslöser (Faktoren, die den Zeitpunkt des bewaffneten Konfliktes beeinflussen)
- Katalysatoren (Faktoren, die Intensität und Dauer des Konfliktes beeinflussen, z.B. auch externe Faktoren wie eine internationale Intervention).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass allein über die wichtige Rolle drei Faktoren bei der Entstehung von Kriegen weitgehend Einigkeit¹⁰⁵ besteht:

- schlechte ökonomische Bedingungen scheinen eine Hauptursache für interne bewaffnete Konflikte darzustellen;
- repressive politische Systeme, besonders wenn sie sich in einem Stadium des Überganges befinden, sind anfällig für Krieg
- die Verschlechterung erneuerbarer Ressourcen (Bodenerosion, Abforstung, Knappheit von Wasser) können zur Wahrscheinlichkeit bewaffneten Konfliktes beitragen

¹⁰¹ Dougherty/Pfaltzgraff 1997:283

¹⁰² Dougherty/Pfaltzgraff 1997:335

¹⁰³ Ekkehart Krippendorff, Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt a.Main:edition suhrkamp, 1985:9, sowie Dougherty/Pfaltzgraff 1997:323 ff

¹⁰⁴ David Dessler, "How to Sort Causes in the Study of Environmental Change and Violent Conflict", in: N. Graeger/D. Smith (eds), Environment, Poverty, Conflict, Oslo:International Peace Research Institute, 1994. Nach Smith 2000 a.a.O.,S.6

¹⁰⁵ nach Dan Smith 2000 a.a.O, S. 5, wobei Smith noch einen vierten Punkt anführt (dass Ethnizität per se keine Kriegsursache sei), der von anderen AutorInnen aber bestritten wird.

Diese drei Punkte sind wichtig, wenn die Wahrscheinlichkeit der Eskalation eines Konfliktes untersucht werden soll. Aber sie stellen keine allgemeine wissenschaftliche Erklärung des Phänomen 'Krieg' dar. Bedeutet das Versagen, 'Krieg' wissenschaftlich erklären zu können, vielleicht, dass die Frage falsch gestellt ist? Ist Krieg die unabhängige Variable, oder ist er nur ein Instrument, und die unabhängige Variable ist eine andere? Oder ist 'Krieg' ein Phänomen, hinter dem sich mehr als ein Gegenstand verbirgt? Wenngleich Gewaltanwendung zwischen Gruppen vermutlich so alt wie die Menschheit ist¹⁰⁶, so gilt dies nicht für stehende Heere und Massenvernichtungswaffen - also die analoge Entwicklung von Ökonomie, Technik und Krieg, die seit den napoleonischen Kriegen und dem amerikanischen Bürgerkrieg den modernen Krieg definierte¹⁰⁷. Doch abgesehen von einer Diskussion über Veränderungen, die mit der Erfindung der Atombombe eingetreten sind (These von der Unführbarkeit von Krieg), wurde diesem Faktum wenig Rechnung getragen. Ebenso muss gefragt werden, ob interne Kriege (Bürgerkriege) und Sezessionskriege, denen die Kriegsursachenforschung erst in den letzten zehn Jahren vertieftes Interesse entgegengebracht hat, ohne weiteres mit internationalen Kriegen in einer Kategorie behandelt werden können oder nicht.

6.2 Von der Kriegsursachenforschung zur Frage der Überwindung von Rüstung und Militär

Das Verhältnis von Kriegsursachenforschung zu der Forschung über die Verhinderung/ Überwindung von Rüstung, Militär und Krieg ist als zweideutig zu bezeichnen. Dafür gibt es zwei Gründe:

1. Kriegsursachen sind nicht deckungsgleich mit den Gründen für die Aufstellung bzw. Beibehaltung von Militär. Für letzteres können u.a. wohl folgende sieben Gründe identifiziert werden, von denen die ersten drei gleichzeitig die 'offiziell'¹⁰⁸ angegebenen Gründe sind:

- Bedrohungen/Sicherheitsrisiken, denen militärisch begegnet werden soll
- Durchsetzung der eigenen Interessen mit Militär als möglichem Mittel der Politik
- Militär als Instrument zur Durchsetzung internationalen Rechts
- mangelnde Überzeugung, dass die genannten Alternativen 'wirklich funktionieren'; fortgesetzter Glaube an die Allmacht von Gewalt; diffuses Bedrohungsgefühl, das sich bei der Vorstellung einstellt, 'schutzlos' zu sein

¹⁰⁶ Siehe Erwin Orywal, "Krieg und Frieden in den Wissenschaften", in: Krieg und Kampf, Hrsg. Orwin Orywal, Aparna Rao und Michael Bollig, Berlin:Dietrich Reimer Verlag, 1996, S. 13-44

¹⁰⁷ Siehe Ekkehart Krippendorff 1985 a.a.O, sowie Dougherty/Pfaltzgraff 1997:188 ff

¹⁰⁸ Als oberste Aufgaben der Bundeswehr (ähnliches gilt für die anderen Armeen des Bündnisses) benennt die Weizsäcker-Kommission, die von der Bundesregierung eingesetzt wurde, um ein Konzept zur Reform der Bundeswehr zu entwickeln ("Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr. Bericht der Kommission an die Bundesregierung, 23. Mai 2000, S. 23):

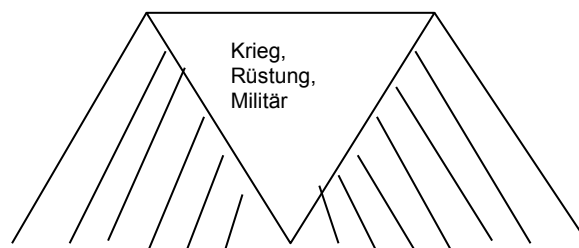
- Bundeswehr als "militärische Rückversicherung für den Fall, dass Bedrohungen sich in der Zukunft einstellen",
- Unterstützung der Diplomatie, wenn "zentrale Interessen auf dem Spiel stehen",
- "Instrument zum Schutz oder zur Wiederherstellung internationaler Ordnung und Rechtssicherheit..., wenn diese mit militärischen Mitteln in Frage gestellt werden", sowie 'an zweiter Stelle' "auch in solchen Situationen, in denen eine existenzbedrohende Gefahr für das Land nicht besteht, dafür zu sorgen, dass auch geringere, doch gleichwohl ernste Gefährdungen abgewendet werden". Beispiel seien der Einsatz von Truppen in Bosnien-Herzegowina und Kosovo.

- die Überzeugung, dass Militär unverzichtbarer Bestandteil eines modernen Staates und zum Schutz seiner Souveränität notwendig sei¹⁰⁹
- die Interessen der Rüstungsindustrie und ihrer Zulieferer sowie der in diesem Wirtschaftssektor Beschäftigten
- Arbeitsplätze (sowie Einfluss und Prestige) der im Militär tätigen Zeit- und Berufssoldaten; Bestreben der Institution 'Militär', sich selbst zu bewahren¹¹⁰

Dennoch sind Kriegsursachen und die Gründe für die Aufrechterhaltung von Rüstung und Militär so eng miteinander verquickt, dass sie möglicherweise nur gemeinsam untersucht werden können. So kann z.B. diskutiert werden, ob man das Vorhandensein des Instruments 'Militär' selbst als Kriegsursache ansehen muss: Man denke an die Auswirkungen von Wettrüsten, an militärische Eliten, die sich ihre Macht durch Krieg zu sichern suchen und schlicht daran, dass Staaten im Konfliktfall auf die Instrumente zurückgreifen, die ihnen zur Verfügung stehen. (Einige Theoretiker bestreiten diese These allerdings vehement, so z.B. der Realist Hans Morgenthau, der die These vertritt, dass Menschen nicht kämpfen, weil sie Waffen haben, sondern Waffen haben, weil sie kämpfen wollen¹¹¹.)

2. Kriegsursachenforschung versucht, im Nachhinein zu erklären, warum es zu einem bestimmten Krieg gekommen oder nicht gekommen (Dritter Weltkrieg) ist und/oder Prognosen für die Zukunft zu erstellen (Wahrscheinlichkeiten, z.B. dass 82 % der Rüstungswettläufe der jüngeren Zeit zu Krieg geführt haben oder dass Verteidigungs- und Militärbündnisse kriegsfördernde Wirkungen haben). 'Friedensursachenforschung'¹¹² ist hingegen ein nicht sehr gut beachtetes Feld, zumal wenn man jene Studien abzieht, die sich mit der Frage befassen, warum bestimmte kriegerische Konflikte beendet wurden. Und dazu muss man die Frage stellen, ob die Kenntnis der Ursachen und Wissen um die Überwindung/Abschaffung dasselbe ist, d. h. sich das zweite zwangsläufig aus dem ersten ergibt. Könnte es nicht auch sein, dass schon die Entziehung eine der wesentlichen Stützen des 'Kriegssystems' schon ausreicht, dass dieses zusammenbricht?¹¹³

Tafel (2):



¹⁰⁹ Siehe E. Krippendorff a.a.O.

¹¹⁰ "Das Phänomen ist seit Joseph Schumpeter wohl bekannt: Politische Eliten, die nach erfolgreich getaner Arbeit nicht ausgetauscht werden, setzen nicht nur die gewohnte Politik fort, sondern steigern sie, ermutigt durch die verbesserten Bedingungen, weiter." (Ernst-Otto Czempel, "Am Scheideweg. Zur Situation der Atlantischen Gemeinschaft", in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/200, S. 571)

¹¹¹ siehe Dougherty/Pfaltzgraff 1997:320

¹¹² Zum Beispiel Volker Matthies, "Friedensursachenforschung. Ein vernachlässigtes Forschungsfeld.", in: Wissenschaft & Frieden, Texte 2/94

¹¹³ Man denke an das Goss-Mayrische Konfliktanalyse-Bild, wo das Problem als auf der Spitze stehendes Dreieck dargestellt wird, das von vielen Säulen rechts und links gestützt wird.

7. Militär und Rüstung abschaffen, Krieg überwinden - aber wie?

Aus dem, was im letzten Kapitel zum Stand der Kriegsursachenforschung und der Forschung zu Rüstung und Militär gesagt wurde, geht schon hervor, dass es nicht möglich ist, quasi eine pazifistische Handlungsanleitung zu schreiben, wie Militär und Rüstung abgeschafft werden können und Krieg überwunden werden kann. Es gibt verschiedene Ansätze, die von WissenschaftlerInnen und/oder AktivistInnen vertreten und verfolgt werden, wobei manchmal das Gewicht mehr auf die Verhinderung von Krieg, manchmal mehr auf die Abschaffung von Rüstung und Militär gelegt wird. Das Problem, wie gesagt, ist, dass ihre wissenschaftliche Basis dünn ist, d. h. dass sie von Annahmen über Ursachen von Krieg oder Rüstung ausgehen, die im besten Falle plausibel wenn auch noch nicht bewiesen sind, im schlimmsten Falle auf überholten, wissenschaftlich widerlegten Theorien beruhen.

Folgende Ansätze der Kriegüberwindung werden in der Literatur vorgeschlagen. :

➤ **Zivilisierung internationaler Beziehungen durch Schaffung eines internationalen Gewaltmonopols (internationaler Ansatz)**

Die Grundidee der zu diesem Ansatz zählenden Konzepte und Vorschläge - Stärkung der UN, 'global governance', Weltstaat kann schon auf Kant zurückgeführt werden- es geht um Befriedung durch Recht. Aus dieser Sicht wurde das Konzept des gerechten Krieges überwunden durch die Charta der Vereinten Nationen. Die Internationalisierung militärischer Gewaltanwendung gilt den Vertretern dieses Ansatzes als Zwischenschritt zur Zivilisierung¹¹⁴. Dabei wird hingewiesen auf die postulierte Befriedung von Gesellschaften durch die Schaffung des staatlichen Gewaltmonopols. Vorgeschlagen wird die Schaffung eines internationalen Militärs/Polizei, die den Bruch des Friedens ahnden sollen¹¹⁵.

Ähnliche, bescheidenere Ansätze sind die, die auf Friede durch Stärkung internationaler Institutionen und Kooperation ('Regime'), also nicht-hierarchische Strukturen setzen¹¹⁶. Die Entwicklung der Europäischen Union gilt hier als ein Musterbeispiel.

Die Frage bei diesem Ansatz lautet: Kann eine solche Verrechtlichung auch gewährleisten, dass tatsächlich keine Kriege (oder fast keine Kriege) mehr geführt werden? Die modernen Probleme der Sezession, Bürgerkriege und krimineller Gewalt in Staaten werden dabei nach meiner Kenntnis nur selten herangezogen, um diese These vom Frieden durch Gewaltmonopol zu überprüfen¹¹⁷. Und wie kann der Status Quo, dass nämlich bestimmte Einzelstaaten der 'Weltgemeinschaft' ziemlich ungestraft ihren Willen aufzwingen, überwunden werden? Solange 'Internationalisierung' mit 'Pax Americana' gleichgesetzt wird bzw. Staaten und Regionen ihre eigenen Interessen vor die Interessen der Welt-Allgemeinheit setzen, dürfte das Niveau der Gewaltanwendung kaum zurückgehen und Verrechtlichung wird zu einer neuen imperialen Ideologie.

¹¹⁴ Brock a.a.O., S. 114

¹¹⁵ Zum Beispiel Wolfgang R. Vogt, "Die Gewalt besiegen. Visionen und Strategien zur Friedensmodellierung", in Meyer 1997:129. Vogt schlägt die Schaffung eines sog. "Politärs" als Exekutivgewalt internationaler Organisationen vor.

¹¹⁶ Thomas Risse-Kappen, "Konfliktprävention durch Theorie?", in Meyer 1997:65 ff

¹¹⁷ Eine Ausnahme ist Gerda Zellentin: "Mit Gewalt zum Frieden", in: Wolfgang R. Vogt (HRSG), Frieden als Zivilisierungsprojekt - Neue Herausforderungen an die Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden 1994/95, S. 56-69

➤ **Friede durch Demokratisierung und Zivilisierung (innergesellschaftlicher Ansatz)**

Dieser Ansatz, der eng mit dem ersten verbunden ist, ist vielleicht eher bei Politikwissenschaftlern und Politikern zu finden als in der Friedensbewegung verankert. Dennoch spielt er eine enorme Rolle, da er als implizites Alltagswissen in vielen Diskussionen eine Rolle spielt. Es geht hier darum, dass Demokratien gegeneinander kaum Kriege führen¹¹⁸. Daraus wird gefolgert, dass eine Demokratisierung autoritärer/totalitärer Staaten ein Weg sein kann, sie in die 'Friedensgemeinschaft' hereinzuholen.

Dieter Senghaas' Zivilisatorisches Hexagon soll hier eingeordnet werden. Senghaas¹¹⁹ zufolge gibt es fünf Kriterien für einen Prozess der Zivilisierung: Gewaltmonopol, Interdependenzen und Affektkontrolle, Soziale Gerechtigkeit, Konfliktkultur, Demokratische Partizipation, Rechtsstaatlichkeit (wichtig für Bewahrung des inneren Friedens, weil Schutz von Grundfreiheiten und Menschenrechten).

Der Wermutstropfen dieser These: Gegen Nicht-Demokratien führen Demokratien so viele Kriege wie eh und je¹²⁰, und auch die Frage des Maßes an innergesellschaftlicher Gewalt wird ausgeklammert¹²¹.

➤ **Konflikte austragen mit gewaltlosen Mitteln (radikal-funktionaler Ansatz)**

Dieser Ansatz wurde bislang am meisten ausgearbeitet beim Konzept der Sozialen Verteidigung. Ihren VertreterInnen geht es darum, Krieg zu überwinden, indem ein Staat einseitig sein Militär abschafft und durch die Organisation gewaltfreien Widerstandes ersetzt. Ausgangspunkt des Konzeptes der SV ist immer gewesen, dass Militär besteht, um sich militärisch zu verteidigen. Es ist insofern ein radikales Konzept, als dass es auch diese Funktion, die von den Vertretern der meisten anderen Ansätze als legitim hingenommen wird, dem Militär zu entziehen sucht. Anders als die zuvor beschriebenen Ansätze geht es hier nicht um die Verhinderung von Krieg, sondern um eine alternative, autonom einzusetzende Art der Konfliktaustragung. Der Ansatz der Sozialen Verteidigung basiert wesentlich auf Gene Sharp's Theorie der Macht, derzufolge alle Machtausübung letztlich von der Zustimmung der Regierten abhängig ist, die durch die Entziehung dieser Zustimmung die Macht ihres Gegners kontrollieren und sogar zerstören können¹²².

Die modernen Entwicklungen hin zu einem erweiterten Sicherheitsbegriff, in dessen Rahmen 'Verteidigung' weniger Landesverteidigung als Intervention anderenorts bedeutet, wurde von dem Konzept der Sozialen Verteidigung bislang kaum nachvollzogen. Die Suche nach Möglichkeiten gewaltfreier Intervention, dem Ersatz von Blauhelmen durch zivile Kräfte, die Diskussion um 'Intervention in großem Maßstabe' fällt in diese Kategorie, hat aber bislang wenig definitive Antworten liefern können.

¹¹⁸ Risse-Kappen in Meyer 1997:65 ff

¹¹⁹ Dieter Senghaas, Frieden als Zivilisierungsprojekt, in: ders. (Hrsg), Den Frieden denken, Frankfurt am Main 1995, S. 196-223

¹²⁰ Dougherty/Pfaltzgraff 1997:341 ff

¹²¹ Smith 2000 a.a.O., S. 4

¹²² Gene Sharp, Politics of Nonviolent Action, Boston:Porter Sargent, 1973, S. 4

➤ **Krieg vorbeugen und beenden durch zivile Konfliktbearbeitung (real-politisch-funktionaler Ansatz)**

Dieser Ansatz geht im Kern davon aus, dass Konflikte etwas normales und gutes sind und dass nur die Form ihres Austrages das Problem darstellt. Deshalb wird nach Wegen gesucht, sie ohne Gewalt auszutragen. Mit wenigen Ausnahmen geht es nicht um wirklich neue Instrumente : Mediation, diplomatische Bemühungen um Prävention, "Multi-track-Diplomacy" (Diplomatische Bemühungen von verschiedenen Trägern, von internationalen Organisationen bis hin zu NGOs), ziviles Peacekeeping, aktiver Menschenrechtsschutz und der ganze Bereich des Peacebuilding, um nur einige Stichworte zu nennen, wurden nicht erst in den neunziger Jahren erfunden. Was neu ist, ist die Zusammenfassung dieser Instrumente unter den Sammelbegriff der Zivilen Konfliktbearbeitung, und vor allem die Entwicklung und Ausformulierung von Ziviler Konfliktbearbeitung als politischer Alternative zu den etablierten Vorgehensweisen der Politik¹²³.

Unklar bleibt allerdings wie bei den ersten beiden Ansätzen bei einem Großteil der Literatur, inwieweit tatsächlich eine vollständige Überwindung von Krieg angestrebt wird, oder ob es nur um seine bestmögliche Reduzierung und Einschränkung geht.

➤ **Friede durch Systemtransformation (revolutionärer¹²⁴ Ansatz)**

Unter diesen Titel können eine Reihe von Ansätzen und Theorien von FriedensforscherInnen gestellt werden, von Johan Galtung bis zu John Burton und Robert Burrowes. Johan Galtung beschreibt Frieden als Prozess: "Peace is when creative conflict transformation takes place nonviolently"¹²⁵ und benennt verschiedene Faktoren, die sich verändern müssen, vom Patriarchat bis zum Staat. John Burton, dessen Ansatz von der Theorie menschlicher Grundbedürfnisse ausgeht, deren Nichtbefriedigung zu Gewalt und Krieg führen, sucht eine Lösung in konstruktiver Konfliktbearbeitung und in "Provention" für solche Fälle, wo nur eine Beseitigung der Konfliktursachen eine Besserung bringt (z.B. Drogen, Verbrechen)¹²⁶. Robert Burrowes versucht, Burtons Bedürfnis-Theorie mit Annahmen aus der Konflikttheorie (Sharp, Gandhi) in einer strategischen Theorie zusammenzubringen. Ihm zufolge sind 'gewaltfreie Aktion (mit einer gandhianischen Orientierung) und Problemlösungsprozesse die einzigen Methoden, mit tiefverwurzelten Konflikten (einschließlich militärischer Gewalt) umzugehen, die verlässlich nichterfüllte menschliche Bedürfnisse befriedigen kann. Zentral dabei sei, dass die strukturellen und systemischen Ursachen des Konfliktes (inkl. Patriarchat, Staat, Kapitalismus, Sozialismus, Imperialismus und Kolonia-

¹²³ Zum Beispiel für die umfangreiche Literatur über ZKB: Norbert Ropers, Friedliche Einmischung. Strukturen, Prozesse und Strategien zur konstruktiven Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte, Berghof-Report Nr. 1, Berlin 1995, und das von Berghof im Internet publizierte Handbuch: The Berghof Handbook for Conflict Transformation, Hrsg. Berghof Research Center for Constructive Conflict Management, Juli 2000, www.b.shuttle.de/berghof/BHandbook

¹²⁴ Dieser Begriff wurde gewählt, weil diese Ansätze sich nicht mit weniger als der Veränderung des Ganzen zufriedengeben; 'Revolution' ist also nicht in Kontrast zu 'Reform' gemeint.

¹²⁵ Johan Galtung, Peace by Peaceful Means. Peace and Conflict, Development and Civilization, London:Sage Publications, 1996:265

¹²⁶ John Burton nach Robert J. Burrowes, The Strategy of Nonviolent Defense. A Gandhian Approach, Albany: State University of New York Press, 1996, S. 65 ff

lismus) unterminiert werden. Hierbei müssen alle Individuen und Identitätsgruppen mit einbezogen werden, die direkt betroffen sind¹²⁷.

Hiermit sind die beschriebenen Ansätze wesentlich komplexer als frühere radikale Theorien, die etwa ein Allheilmittel in der Veränderung der Produktionsverhältnisse, Abschaffung des Staates oder des Patriarchats alleine sahen. Dennoch haben sie mit den früheren Konzepten gemein, dass sie wenig konkrete Anhaltspunkte für das "wie" bieten.

➤ **Verschiedene eindimensionale Ansätze**

Außer den drei oben genannten Ansätzen finden sich in der Debatte in der Friedensbewegung weitere Ansätze und Annahmen. Oftmals ist hier gar nicht deutlich, ob sie tatsächlich die Annahme zugrundelegen, dass über den entsprechenden Ansatzpunkt Krieg dauerhaft überwunden werden kann. Hierzu gehören:

- Konversion von Rüstungsindustrie und Verbot jedes Waffenhandels in der Annahme, dass wirtschaftliche Interessen die Haupt-Ursachen für Rüstung und Krieg sind (Ansätze: Kampagnen gegen Rüstungsfirmen, gegen Waffenhandel etc.)
- Abschaffung von Krieg und Militär durch direkten Widerstand (Kriegsdienstverweigerung, Streik, Volksbewegungen)
- Ansetzen bei den schlimmsten Auswüchsen und Gefahren, politischer Protest und Widerstand zu ihrer Beseitigung (z.B. Abschaffung von Atomwaffen)

¹²⁷ Burrowes 1996 a.a.O., S.128 f

8. Was können wir tun, was sollten wir tun?

Über die Probleme der Entwicklung einer antimilitaristisch-pazifistischen Strategie wurde oben in Abschnitt (6.2) schon einiges gesagt. Dort wurden auch sieben Faktorenkomplexe benannt (siehe Seite 33), die als Gründe für die Aufstellung bzw. Beibehaltung von Rüstung und Militär angesehen werden müssen. Wir sind der Auffassung, dass es eines Ansatzes bedarf, der diese Komplexe gleichermaßen ins Auge nimmt und die verschiedenen in Kapitel (7) beschriebenen Strategien der Entmilitarisierung miteinander integriert.

8.1 Die öffentliche Meinung gewinnen

Die neuen militärpolitischen Entwicklungen genießen derzeit - ungleich des atomaren Wettrüstens in den achtziger Jahren - wenig öffentliche Aufmerksamkeit. Dafür sehen wir zwei Hauptgründe:

1. fehlende Wahrnehmung von eigener Betroffenheit/ Bedrohung. Betroffenheit bis hin zur Angst sind aber oft der entscheidende Faktor für die Entstehung von Neuen Sozialen Bewegungen;
2. Akzeptanz des Paradigmas des Gerechten Krieges, d.h. die Überzeugung, dass es Situationen gibt, 'in denen nur Gewalt hilft' und wo es legitim ist, sie anzuwenden, und gleichzeitige Akzeptanz der politischen Ziele beim Aufbau und Einsatz von Krisenreaktionskräften, d.h. zum Beispiel die Bejahung der Verteidigung eigener Wirtschaftsinteressen mit militärischen Mitteln

Es geht also darum, die öffentliche Diskussion um die Fragen von Krieg, Rüstung und Militär wieder zu beleben und Kritikfähigkeit an der herrschenden Politik (wieder-) herzustellen. Dazu gehört, aktuelle Ansatzpunkte für Öffentlichkeitsarbeit, Protest und gewaltfreie Aktionen identifizieren und entsprechend aktiv werden. Solche Ansatzpunkte können z.B. Manöver, Auseinandersetzungen um die Konversion von militärischen Einrichtungen (z.B. Truppenübungsplätze wie Freie und Offene Heide), Manöver, das Raketenabwehrprogramm im Weltraum, Rolle der Atomwaffen, Wehrpflichtfrage, Öffnung der Bundeswehr für Frauen etc. sein¹²⁸.

8.2 Gewaltfreie Alternativen propagieren und aufbauen

Es muss von der Annahme ausgegangen werden, dass Krieg, Rüstung und Militär sich deshalb über Jahrtausende gehalten haben, weil sie bestimmten Bedürfnissen, sei es von privilegierten Gruppen oder von Gesamtgesellschaft, entsprachen. Nicht oder nicht allein moralische Verurteilung dürften deshalb zu ihrer Überwindung führen, sondern die Entwicklung und Durchsetzung von Alternativen für all jene Bereiche, in denen Militär derzeit scheinbar "benötigt" wird. (Siehe die Abschaffung der Sklaverei, die über Jahrtausende als genauso selbstverständliche Institution angesehen wurde wie Krieg und Rüstung es heute noch werden.) Das Führen von Anklage und Hinweis auf die (ökonomischen und machtpolitischen) Interessen der dominierenden Staaten reicht nicht aus - zumal der Hinweis erlaubt sein muss, dass allen bisherigen Versuchen dieser Art bestenfalls kurzfristiger Erfolg beschieden war. (Man denke z.B. an die Re-

¹²⁸ Diese und weitere Vorschläge sind nachzulesen im Friedensforum 3/2000 in den Beiträgen von Clemens Ronnefeldt, "Was tun gegen neue Nato-Kriege?", S. 38 f und Tobias Pflüger, "Friedenspolitische Positionen 2000", S. 26 ff

volutionsregimes in Chile, Nicaragua, die sich als unfähig erwiesen, die gewaltsamen Versuche der USA zu ihrem Sturz abzuwehren und sich sehr bald wieder im Diktat von Gewalt und Marktwirtschaft wiederfanden.)

Bei der Diskussion um alternative Konfliktbearbeitung geht es natürlich nicht darum, quasi blind Alternativen zu all dem zu benennen, was die Nato und unsere Regierungen als Funktionen und Aufgaben des Militärs darstellen. Die Diskussion um Alternativen muss stets vor dem Hintergrund der weltpolitischen Situation geführt werden, sich bewusst sein, aus welchen Motiven in Konflikte eingegriffen bzw. nicht eingegriffen wird und was die zitierten 'außenpolitischen Interessen' sind.

Zudem sollte der gedankliche Kurzschluss vermieden werden, dass es eine simple Äquivalenz von Einsatz von Militär und Ziviler Konfliktbearbeitung geben kann. Zivile Konfliktbearbeitung ist ein viel komplexerer Vorgang als der Einsatz eines Instrumentes, ein Vorgang, der seine Wirksamkeit aus dem Ineinandergreifen verschiedener kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen und Entwicklungen zieht. Wirtschaftliche Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Zukunftsperspektiven für junge Menschen gehört genauso in diesen Komplex wie Mediation (Konfliktvermittlung), Abbau von Vorurteilen und Versöhnungsarbeit und ggf. Gewaltkontrolle durch Peacekeeping.

Der meist pauschal vorgetragenen Auffassung, dass Gewaltfreiheit nur in niedrigen Eskalationsstufen eines Konfliktes Aussicht auf Erfolg habe, bevor offene Gewaltanwendung den Konflikt dominiert, widersprechen viele KonfliktforscherInnen, die sich mit Gewaltfreiheit befasst haben. Es gibt Beispiele, wo Gewaltfreiheit erfolgreich in hoch eskalierten Krisen angewendet wurde (Kapp-Putsch 1920, indische Unabhängigkeitsbewegung in den 20-40er Jahren, Philippinen 1986, Russland 1991), und etliche weitere Beispiele mehr, wo der gewaltfreie Kampf zwar kurzfristig nicht zum Erfolg führte, die aber trotzdem als Lehrbeispiele dafür gelten, was sein könnte, wenn bestimmte Fehler vermieden würden (z.B. Prag 1968, Kosovo 1989-1998). Das Konzept der Sozialen Verteidigung wurde für die größte annehmbare Gewaltanwendung, den Krieg, entwickelt und beruht auf Erfahrungsschätzen aus zahlreichen Konflikten, in denen von einer Seite keine Gewalt angewendet wurde. In vielen historischen Fällen von gewaltfreien Aufständen und zivilen Widerstands, von denen gerade das 20. Jahrhundert voll war, scheint es, als ob Gewaltfreiheit und nicht Gewalt das "letzte Mittel" gewesen ist. Sie war das Instrument der Konfliktaustragung, das auch dann zur Verfügung stand, wenn Gewalt nicht möglich schien, z.B. weil keine Waffen zur Verfügung standen, das Militär auf der anderen Seite stand oder ihm nicht zu trauen war (Kapp-Putsch, Prag 1968, Philippinen 1986), DDR 1989) oder weil man wußtmeinte, daß ss Gewalt zur Vernichtung führen würde. ~~(was man im Kosovo bis 1997 wußte).~~

Natürlich kann auch gewaltfreie Konfliktaustragung misslingen oder zu viel Zeit beanspruchen, bevor sie "greift". Die Anti-Vietnambewegung benötigte etliche Jahre, bevor sie die USA zum Rückzug aus Südostasien zwingen konnte¹²⁹, während Gewalt u.U. sehr schnell bis zu Massenmord und Genozid eskalieren kann. (Man denke an Ruanda.)-

Aber in solchen Fällen versagten auch militärische Gegenmaßnahmen in der Vergangenheit und Gegenwart. Die Alliierten im Zweiten Weltkrieg unternah-

¹²⁹ Wobei natürlich auch andere Faktoren beim Entzug der US-Regierung, sich zurückzuziehen, eine Rolle spielten - Faktoren ökonomischer wie militärischer Art.

men nichts gegen die deutschen Konzentrationslager, obwohl sie wußten, was vorging. In Ruanda zogen die zahlenmäßig kleinen UN-Truppen zunächst ab, im Kosovo wurden hilflos Einrichtungen und Truppen der angreifenden Armee bombardiert, während Paramilitärs ungehindert die Bevölkerung vertreiben konnten.

Es gilt, gewaltfreie Intervention in Konflikte jeder Eskalationsstufe als Alternative zu militärischen Interventionen zu entwickeln sowie Einrichtungen zivilen Peacekeepings aufzubauen. Hier sollten Nichtregierungsorganisationen und staatliche bzw. internationale Institutionen zusammenwirken.

Dass das Thema der zivilen Konfliktbearbeitung Eingang in die offizielle Politik¹³⁰ gefunden hat, ist hier als Zeichen der Hoffnung zu sehen, so ungleich derzeit die Gewichtungen, was z. B. die Ressourcen-Zuteilung angeht, noch ist. Hier gilt es, die bestehenden Ansätze auszubauen und gleichzeitig nicht müde zu werden, ihre Verquickung mit militärischen Ansätzen der 'Konfliktbearbeitung' kritisch zu beobachten und zu vermeiden.

8.3 Gesamtgesellschaftliche Zielvorstellungen und Visionen entwickeln

Unter diese Überschrift gehören die Diskussion um die Weiterentwicklung und Verbindlichmachung des Völkerrechtes (wozu kein Militär benötigt wird) ebenso wie Fragen sozialer Gerechtigkeit und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, Demokratisierung und 'Empowerment', d.h. der Befähigung von Bürgerinnen und Bürgern, ihre Interessen aktiv wahrzunehmen und gewaltfreier Konfliktbearbeitung im Innergesellschaftlichen (im privaten) und internationalem Bereich. Wie könnte denn eine zivile Macht Bundesrepublik beschaffen sein? Wo, so soll abschließend gefragt werden, würden Schwerpunkte der Politik sein und aus welchen Politikfeldern würde sich eine "Zivilmacht" zurückziehen? Wie sähe das Profil aus? Hier soll in einigen kurzen Strichen beispielhaft skizziert werden, mit welchen Schritten und in welche Richtung sich eine wirkliche zivile Macht Bundesrepublik begeben würde:

~~Aus dieser Analyse der Bedrohungen ergeben sich nicht nur grundsätzliche Forderungen, sondern auch Vorschläge für konkrete erste Schritte.~~

In Bezug auf die Bundeswehrreform könnten solche Schritte zum Beispiel sein:

- Verzicht auf den Aufbau von Krisenreaktionskräften, notfalls im nationalen Alleingang, falls die Nato-Partner (noch) nicht dazu bereit sind; und Hinarbeiten auf die Auflösung der Nato
- Keine Beteiligung an der Militarisierung der Europäischen Union; allen Einfluss geltend machen, die entsprechenden Schritte rückgängig zu machen
- Schrittweise Reduzierung der Streitkräfte in einem zeitlich überschaubaren Rahmen (10 bis 20 Jahre) bis zur Abschaffung der Bundeswehr

¹³⁰ In Deutschland betrifft dies vor allem die Förderung des Zivilen Friedensdienstes in Höhe von 17,5 Mio DM durch das BMZ, die Ausbildung von OSZE-Personal in ziviler Konfliktbearbeitung durch das Auswärtige Amt und Bereitstellung von Mitteln zur 'Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung' in Höhe von 28,6 Mio DM (alle Zahlen gelten für das Jahr 2000, nach Information von MdB Winfried Nachtwei, "Förderung ziviler Interventionsmöglichkeiten"), sowie die Gründung einer Friedensstiftung durch das Wissenschaftsministerium (17 Mio DM).

-
- hierbei: - Abschaffung der Wehrpflicht
 - und: Ausgliederung der Aufgabe der Katastrophenhilfe, indem Material und evtl. Personal zivilen Hilfsdiensten zur Verfügung gestellt wird
 - und: Aufbau einer kleinen "Demilitarisierungseinheit" aus Spezialisten für Minenräumung und Monitoring in militärischen Fragen
 - und: Konversionspläne für Rüstungsindustrien und ihre Zulieferer entwickeln und fördern
 - und: sozialverträgliche Personalpläne für Berufs- und Zeitsoldaten (Pensions-schemata, keine Neubesetzung freiwerdender Stellen usw.)

In Bezug auf die Entwicklung gewaltfreier Alternativen könnten dies sein:

- umfassende Förderung ziviler Konfliktbearbeitung auf allen Ebenen, von UNO über OSZE, EU bis hin zur deutschen Außenpolitik und der Förderung von NGO-Aktivitäten (Frühwarnaktivitäten, diplomatische Maßnahmen usw. und die Schaffung einer Infrastruktur, die ihre koordinierte Konzeptionierung und Durchführung erlaubt, z.B. entsprechender Arbeitsstäbe oder Instituten im Querschnitt aller zuständigen Ministerien)
- Bekanntmachen des Konzeptes der gewaltfreien, sozialen Verteidigung durch z.B. Aufnahme in den Gesellschaftskundeunterricht an Schulen, Diskussionen in den öffentlich-rechtlichen Medien usw.
- Konzeptionierung, Vorbereitung und ggf. Durchführung von Missionen ziviler Intervention, sofern ein Konflikt sich entwickelt, der 'normalerweise' eine militärische Intervention nach sich gezogen hätte. Hier könnte auf den Erfahrungen aus der OSZE-Mission im Kosovo 1998/99 sowie den Kenntnissen, die sich NGOs in vielen Projekten gewaltfreien Eingreifens in Konflikte erworben haben (Ziviler Friedensdienst), aufgebaut werden.

In Bezug auf die Entwicklung gesamtgesellschaftliche Zielvorstellungen und Visionen könnte dies z.B. sein:

- sofortige Ratifizierung des Internationalen Strafgerichtshofes
- Drängen auf eine UNO-Reform, die internationales Recht stärkt und die Macht der Weltmächte beschneidet
- Drängen auf und Einhaltung internationaler Konventionen und Regime zum Schutz der Umwelt, Beschränkung bzw. Einstellung gefährlicher Technologien, Programme der Armutsbekämpfung und Gesundheitsvorsorge, Grenzziehungen für die 'freie Marktwirtschaft' usw.
- Friedenserziehung als Querschnittsaufgabe in allen Schulen (z.B. auch: StreitschlichterInnenprogramme oder entsprechende Programme zur Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung)
- Entwicklung eines Zivilen Friedensdienstes für innergesellschaftliche Aufgaben nach dem Vorbild der indischen gandhianischen Friedensbrigaden (Shanti Sena), die von ca. 1957 bis 1975 bei innerindischen Unruhen zum Einsatz kamen¹³¹.

¹³¹ Vergleiche Christian W. Büttner, Friedensbrigaden: Zivile Konfliktbearbeitung mit gewaltfreien Methoden. Hrsg. IFGK, Münster:Lit-Verlag, 1995

9. Literatur zum Weiterlesen

- Berghof Handbook for Conflict Transformation, Hrsg. Berghof Research Center for Constructive Conflict Management, Juli 2000, www.b.shuttle.de/berghof/BHandbook
- Cremer, Ulrich/ Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung, Hamburg:VSA-Verlag, 2000
- Debiel, Tobias/ Nuscheler, Franz (Hrsg.), Der neue Interventionismus. Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bonn:Dietz, Stiftung Entwicklung und Frieden, 1996
- Dougherty, James E. / Pfaltzgraff, Jr, Robert L., Contending Theories of International Relations. A Comprehensive Survey, New York: Longman, 1997 (4. Ausgabe)
- Galtung, Johan, Friede mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur, Opladen:Leske & Buderich, 1997
- Grässlin, Jürgen, Lizenz zum Töten? Wie die Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe gemacht wird, München:Droemersch Verlag, 1997
- Matthies, Volker (Hrsg.), Frieden durch Einmischung? Der Schrecken des Krieges und die (Ohn)Macht der internationalen Gemeinschaft, Bonn:Dietz, 1993
- Meyer, Berthold, Formen der Konfliktregelung. Eine Einführung mit Quellen, Opladen:Leske und Budrich, 1997
- Vogt, Wolfgang R. (HRSG), Frieden als Zivilisierungsprojekt - Neue Herausforderungen an die Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden 1994/95

Zeitschriften

- antimilitarismus information, Hrsg. Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin, Tel/Fax 030-25 79 73 42 (erscheint 12 x jährlich)
- Friedensforum, Hrsg. Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel 0228-69 29 04 (erscheint 6 x jährlich)

und viele Bücher und Zeitschriften mehr, die hier nicht alle aufgeführt werden können...

10. Kontaktadressen

Trägerorganisationen im Bund für Soziale Verteidigung:

Aktionsgemeinschaft Friedenswoche e.V., Friedensplatz 1 a, 32378 Minden
 Bündnis 90/Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle, Platz vor dem Neuen Tor 1,
 10115 Berlin (dort Kontakt zu Landesverbänden, Kreisverbänden und Lan-
 desarbeitsgemeinschaften. Trägerorganisation im BSV sind außer dem
 Bundesverband: LV Niedersachsen, Kreisverband Minden-Lübbecke und
 LAG der Christinnen und Christen)

Deutsche Friedens-Gesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Bun-
 desgeschäftsstelle, Schwanenstr. 16, 42551 Velbert

Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDV in der Bundesre-
 publik Deutschland, Carl-Schurz-Str. 17, 28209 Bremen

Frauennetzwerk für Frieden, c/o Heide Schütz, Maarweg 47, 52123 Bonn

Friedensausschuß der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker), c/o
 Helga Tempel, Föhrenstieg 8, 22926 Ahrensburg

Internationaler Versöhnungsbund Deutscher Zweig, Ringstr. 9 a, 32427 Min-
 den

JUSOS Bundesverband, c/o SPD Bundesverband, Willy-Brandt-Haus Berlin,
 Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin

Netzwerk Friedenssteuer, c/o Günter Lott, Hauptstr. 1a, 69231 Rauenberg

Ohne Rüstung Leben, Arndtstr. 31, 70197 Stuttgart

Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden, c/o Bernhard Nolz, Kölner
 Str., 57072 Siegen

Pax Christi-Deutscher Zweig, Postfach 1345, 61103 Bad Vilbel

SJD - Die Falken Bez. Braunschweig, Tuckermannstr. 9, 38118 Braun-
 schweig

Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden, Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg

Andere Organisationen und Initiativen:

BI OFFENE HEIDe, c/o Helmut Adolf, Vor der Teufelsküche 12, 39340 Hal-
 densleben

FREIe HEIDe, c/o Dr. Bernd Lüdemann, An der Rackstädt 12, 16909 Wittstock

Friedensratschlag Kassel, c/o DGB Kasssel, Spohrstr, 6, 34117 Kassel

GA Atomwaffen Abschaffen, c/o Roland Blach, Lenzhalde 53, 70806 Kornwest-
 heim

Informationsstelle Militarisation (IMI), Burgholzweg 116/2, 72070 Tübingen

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Kopenhagener Str.
 71, 10437 Berlin

Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 5067 Köln

Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn

Zentralstelle zum Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer, Dammweg
 20, 28211 Bremen

Bisher veröffentlichte Hintergrund- und Diskussionspapiere des Bund für Soziale Verteidigung:

- Nr. 1 **Schweitzer, Christine**, Der Kosovo-Konflikt: Wie geht es weiter, Januar 1999 (vergriffen)
- Nr. 2 **Dietrich, A., Stadtmann, U., Schweitzer, C., Südmersen, K., Tempel, K.**, 10 Jahre BSV: Beiträge zum Rück- und Ausblick, Februar 1999 (3,- DM)
- Nr. 3 **Beck, Detlef**, Kurzdokumentation des Mindener Projektes: „Kreative Konfliktbearbeitung im Kommunalen Zusammenhang“, August 1999 (3,- DM)
- Nr. 4 **Beck, Detlef**, "Auf dem Weg ins freundliche Klassenzimmer". Dokumentation eines Projektes zur gewaltfreien Konfliktaustragung an der Martin-Luther-Grundschule in Brühl, September 1999 (25,- DM)
- Nr. 5 **Soziale Gerechtigkeit statt 'Innerer Sicherheit' - Alternativen zur Aufrüstung der Gesellschaft**. Dokumentation der Tagung von Versöhnungsbund und BSV 1.- 3.10.99 in Bonn, Januar 2000 (12,- DM)
- Nr. 6 **Schweitzer, Christine**, Montenegro - Fall einer verhinderten Kriegsprävention?, Mai 2000 (3,- DM)
- Nr. 7 **Beck, Detlef**, Trainingskonzept: Konstruktive Konfliktaustragung und Selbstbehauptung für Eltern und Kinder, August 2000 (8,- DM)

Arbeitspapiere des Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung:

- Albert Fuchs**: Wie wird militärische Gewalt zur „friedensschaffenden Maßnahme? AP Nr. 2; Oktober 1995. (21 Seiten; 5 DM).
- Barbara Müller**: Zur Theorie und Praxis von Sozialer Verteidigung. AP Nr. 3, Februar 1996. (18 Seiten; 5 DM).
- Barbara Müller und Christian W. Büttner**: Optimierungschancen von Peacekeeping, Peacemaking und Peacebuilding durch gewaltfreie Interventionen. AP Nr. 4, Oktober 1996, 2. Aufl. (64 Seiten, 10 DM).
- Liam Mahony und Luis Enrique Eguen**: Internationale Begleitung zum Schutz von Menschenrechten: Szenarien, Ziele und Strategien. AP Nr. 5, Juni 1997 (58 Seiten, 10 DM).
- Barbara Müller und Christian W. Büttner**: Optimizing Peacekeeping, Peacemaking and Peacebuilding Through Nonviolent Intervention? AP Nr. 6, Januar 1998 (67 Seiten, 10 DM).
- Christine Schweitzer**: Instrumente der Konfliktintervention. AP Nr. 7, Februar 1998 (22 S., 5 DM).
- Albert Fuchs**: Wo bleibt die Moral von der Geschichte? Parteizugehörigkeit und politisch-moralische Situationsbeurteilung als Determinanten der Entscheidung zum Einsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien. AP Nr. 8, März 1998 (16 Seiten, 5 DM).
- Achim Schmitz**: Gewaltfreie Interventionen im ehemaligen Jugoslawien durch Organisationen der europäischen Friedensbewegung. AP Nr. 9, Dezember 1998 (26 Seiten, 7 DM).
- Albert Fuchs**: Bundeswehr: Nicht unter „Generalverdacht“, aber unter kritischem Blick. Warum sich die Gesellschaft für das Thema Bundeswehr und Rechtsextremismus besonders interessieren sollte und was Sozialwissenschaftler im Detail daran interessieren könnte. AP Nr. 10, Januar 1999 (19 Seiten, 5 DM).
- Christine Schweitzer**: Krieg und Vertreibung im Kosovo - Ist die NATO Feuerwehr oder Brandstifter? AP Nr. 11, Juni 1999. (27 Seiten, 7 DM).
- Howard Clark**: Kosovo: Vorbereitungen für die Zeit nach dem Krieg AP Nr. 12, Juni 1999 (28 Seiten; 7 DM)
- Fuchs, Albert/ Schuhart, Claudia**, Gewaltwahrnehmung und Gewaltbegriff. Wie (un-)bestimmt ist der Alltagssprachgebrauch von "Gewalt"?, AP Nr. 13, Juli 2000 (24 Seiten, 7 DM)
- Achim Schmitz**: Kampagnen der Friedensbewegung der neunziger Jahre. Eine Analyse von Fallbeispielen, Arbeitspapier Nr. 14, September 2000 (74 Seiten, 10 DM)

Bezug der Publikationen: BSV, Ringstr. 9 a, 32427 Minden